

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: www:http://www.fdp.ch
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

SCHWEIZERISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
HALMYLESTRASSE 15
3003 BERN

SVP  Zürcher Flügel dominiert

Tristes Dasein im Schmollwinkel

Die langwierige Diskussion rund um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg trägt das Ihre zur Vergiftung des politischen Klimas bei. In der SVP verstärkt sich die Position des Marktschreiers sogenannter politischer Wahrheiten (Herkunft: Zürich) eher noch, je mehr er den Ton verfehlt und ins Extreme abdriftet. Der halbwegs weltoffene Flügel jener Partei fristet ein tristes Dasein im Schmollwinkel und steht zunehmend isoliert da.

zess eine weitere Polarisierung zur Folge.

Führer-Unkultur hält Einzug

So traurig es ist, wir müssen es beim Namen nennen. Die Vorgehensweise des Zürcher Demagogen gleicht sich mehr und mehr in Stil und Inhalt den vergleichbaren Gestalten in unseren östlichen und westlichen Nachbarländern an. Kein Griff unter die Gürtellinie ist mehr zu tief, um mittels wohlkalkulierter Provokationen Aufmerksamkeit zu erregen. Kein Inserat kann gross genug sein, um des Volkes Zorn auf einzelne Mitbürger zu konzentrieren; alles mit einer Absicht: Ruhm und Ehre und vor allem Macht des – innerhalb seiner Partei – praktisch allmächtigen Manipulators zu stärken und zu mehren. Die Führer-Unkultur, die wir schon bei seinem Anzweifeln der parlamentarischen Kompetenzen anlässlich einer Rede im März im Anzug sahen, ist definitiv etabliert worden.

Partei der Uniformität

Einer allein denkt und redet. All jene innerhalb der SVP, die anderer Meinung sind, ducken sich in die Gräben. Da muss schon eine ehemalige SVP-Generalsekretärin der Schweiz einen Besuch abstatten und dabei

laut denken, damit die ehemals so stolze Berner SVP erwacht und den Versuch eines Protestes gegen die vom Zürichseeufer aus gesteuerte Machtmaschine unternimmt. Doch sind dies – leider – schon bald letzte Zuckungen der einstmals konstruktiv mitarbeitenden Seite der SVP. Zu stark ist die eigene Basis inzwischen von Anhängern des Verkünders der Wahrheiten dominiert. In der Partei der Uniformität hat auf der Kommandobrücke nur noch er Platz – er allein und nicht der ungestraft ins Lächerliche gezogene parteieigene Bundesrat und auch nicht der täuschend echte Klon eines bekannten TV-Satirikers.

Hütet Euch im Albisgüetli!

Wenn dieses Phänomen nur eine kleine isolierte Partei betreffen würde, wer würde Aufhebens machen. Es geht aber immerhin um eine Mitregierungspartei, einen bürgerlichen Partner, der verlorengelassen ist ein schönes Wort für den Zustand, welcher der Bundesratspartei SVP droht. Wie hätten die alten Eidgenossen gesagt, wenn sie vom machtbesessenen Treiben Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gewusst hätten: Hütet Euch im Albisgüetli!

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Der bisherige FDP-Generalsekretär zieht Bilanz: Christian Kauter auf Seite **5**
- Der neue FDP-Generalsekretär im Interview: Johannes Matyassy ab Seite **6**
- Ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz am 15./16. August 1997 in Zug: Programm und Anmeldetalon auf Seite **8**
- Der neue «Freisinn»-Wettbewerb auf Seite **17**



Auf nach Zug!

GUS. Wie können wir die Sozialwerke retten? Ist das «Weiter so» überhaupt noch möglich? Die freisinnigen Konzepte der Sozialpolitik werden den thematischen Schwerpunkt der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 16. August 1997 in Zug bilden. Wir beschäftigen uns mit dem

Bundesbeschluss «Finanzierung der Arbeitslosenversicherung» am 15. August 1997 im Delegiertenrat, mit der Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» am 16. August 1997 in der Delegiertenversammlung.

PROGRAMM UND ANMELDETALON FINDEN SIE AUF SEITE 8 IM «FREISINN».

GUIDO SCHOMMER
PRESSECHIEF FDP
DER SCHWEIZ



Die Schweiz ist verstrickt in lange Diskussionen rund um die Geschehnisse und Projekte, die im Zusammenhang mit den sogenannten Holocaust-Geldern stehen. Amerikanische und in neuerer Zeit auch britische Angriffe sind geradezu angetan, wohlgemeinte eidgenössische Projekte – wie etwa die Jubiläumsstiftung – auf ärgste zu gefährden. Was aber gerne übersehen wird: In der schweizerischen Parteienlandschaft hat dieser Pro-



In Zug findet die ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 15./16. August 1997 statt. (Photo key)

SOZIALWERKE ○ *Wir können uns nicht mehr alles leisten*

Schuldenberg den Kindern überlassen?

In der Bundeskasse haben wir ein Loch von über 90 Milliarden Franken und bezahlen einen täglichen Schuldzins dafür von über 15 Millionen Franken. Wir wissen heute noch nicht, wie wir in den nächsten Jahren unsere wichtigsten Sozialwerke (AHV, IV, ALV) aus dem Defizit herausführen können. In dieser Situation sollte uns etwas klar sein: Wir können keine neue Sozialversicherung hinzufügen, auch keine Mutterschaftsversicherung!

FDP-NATIONALRÄTIN
CHRISTINE EGERSZEGI-
OBRIST, MELLINGEN AG



Nach langem Zögern hat der Bundesrat der Bundesrätin grünes Licht erteilt und wieder einmal eine Vorlage für eine Mutterschaftsversicherung auf den Tisch gebracht: Berufstätige Mütter sollen während 14 Wochen 80 Prozent ihres Erwerbseinkommens erhalten. Der Höchstbetrag des versicherten Jahresverdienstes wird bei 97 200 Franken festgelegt. Dazu kommt noch eine Grundleistung für alle Mütter. Finanziert werden sollen die zusätzlichen 500 Millionen Franken mit 0,2 Lohnprozenten und Mitteln aus der Bundeskasse.

Keine Chance

Bisher war keine der Vorlagen einer Mutterschaftsversicherung mehrheitsfähig. Die letzte Abstimmung liegt zehn Jahre zurück. Dort wurde die Mutterschaftsversicherung als Teil der Krankenversicherung mit 71 Prozent bachab geschickt, trotz voller Bundeskasse, gesunden Sozialversicherungen und einer Arbeitslosenquote von 0,4 Prozent. Heute haben wir

ganz andere Verhältnisse, und so wird auch die neueste Vorlage keine Chance haben, denn wir können uns einen neuen Sozialversicherungszweig gar nicht leisten. Dazu kommt noch, dass weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer bereit sind, sich weitere Lohnprozente abzwacken zu lassen.

Braucht es noch eine neue Mutterschaftsversicherung?

Mit der Forderung einer Mutterschaftsversicherung wollte man vor 50 Jahren zu Recht verhindern, dass Familien wegen der Geburt eines Kindes in finanzielle Not geraten. In erster Linie

ging es um die Deckung der Unkosten bei Schwangerschaft und Geburt, weil 50 Prozent aller Frauen in keiner Krankenkasse waren. Heute sind alle Mütter mit dem neuen KVG obligatorisch versichert für die vollen Kosten einer Schwangerschaft und Geburt. Mit einer Taggeldversicherung kann eine Frau selber, ihr Arbeitgeber oder Berufsverband ihren Lohn für 16 Wochen versichern. Wir haben einen ausgedehnten Kündigungs- und Wöchnerinnenschutz.

Das Arbeitsgesetz verbietet die Beschäftigung von Wöchnerinnen während 8 Wochen nach der Geburt und verpflichtet den Arbeitgeber zur Lohnfortzahlung zwischen 3 bis 8 Wochen, je nach Dienstjahren. Viele Einzel- und Gesamtarbeitsverträge sehen sogar 14 bis 20 Wochen Mutterschaftsurlaub vor bei vollem Gehalt.

Nur Lücken schliessen

Viele Verbesserungen im Mutterschutz wurden also

erreicht, eine neue Mutterschaftsversicherung braucht es nicht mehr. Jetzt geht es nur noch darum, die Lücken zu schliessen.

■ Alle berufstätigen Frauen sollten während der Zeit ihres Arbeitsverbotes, d. h. während 8 Wochen nach der Geburt, eine garantierte Lohnfortzahlung haben. Dies fordert meine diesbezügliche Motion im Nationalrat.

■ Keine Frau sollte wegen der Geburt eines Kindes in finanzielle Not geraten. Hier muss gezielt mit kantonalen Mutterschaftsbeiträgen, wie sie bereits die meisten Kantone kennen, das Fehlende zum Existenzminimum ergänzt werden.

Verantwortung wahrnehmen

Unsere wichtigsten Sozialwerke sind defizitär. Der IDA-FiSo-Bericht hat deutlich gezeigt, dass uns für die Ausrichtung der bisherigen Leistungen der Sozialversicherungen bis ins Jahr 2010



Sie brauchen keine Mutterschaftsversicherung mehr, ihre Enkel hingegen werden dereinst den Schuldenberg abtragen müssen. (Photo keystone)

ZUM THEMA

Bisher war keine der Vorlagen einer Mutterschaftsversicherung mehrheitsfähig.

Heute sind alle Mütter mit dem neuen KVG obligatorisch versichert für die vollen Kosten einer Schwangerschaft und Geburt.

Wir alle tragen die Verantwortung in diesem Land, dass denen wirklich geholfen wird, die Hilfe brauchen, und so müssen wir möglichst rasch die bestehenden Sozialwerke wieder auf gesunde Beine stellen.

rund 14 Milliarden Franken fehlen werden. Daher gibt es heute nur ein klares sozialpolitisches Ziel:

- Sicherstellung der Renten,
- tragbare Krankenkassenprämien für alle,
- eine vernünftige Arbeitslosenversicherung und
- wo nötig, gezielte Lückenschliessung im System.

Auf jeden Wunschbedarf ist vorerst zu verzichten. Das gilt auch für die Mutterschaftsversicherung.

Wir alle tragen die Verantwortung in diesem Land, dass denen wirklich geholfen wird, die Hilfe brauchen, und so müssen wir möglichst rasch die bestehenden Sozialwerke wieder auf gesunde Beine stellen.

Wir alle tragen aber auch die Verantwortung dafür, dass unsere Kinder und Kindeskindesten dereinst nicht die Hälfte ihres Verdienstes abliefern müssen, um den Schuldenberg abzutragen, den wir heute unter einer sozialen Flagge aufhäufen. Wir dürfen heute keine Geschenke verteilen, die die nächste Generation morgen mit Schweiß und Arbeit bezahlen muss.

IM GESPRÄCH *o* Susanne Vincenz-Stauffacher, Abtwil

«Beteiligen wir uns am Aufbau des Hauses Europa!»

WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?

Keines, allenfalls «carpe diem» im Sinne von nütze und, vor allem auch, geniesse den Tag.

WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET SICH IHRE GRÖSSTE HOFFUNG?

Allgemein auf Menschen, die sich für die Gemeinschaft engagieren, und im speziellen darauf, dass noch mehr Junge den Ehrgeiz entwickeln, persönlich Risiken einzugehen und sich beruflich selbständig zu machen.

WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

Die beschränkte Sichtweise vieler Menschen auf die eigenen Interessen und die



Susanne Vincenz-Stauffacher: «Ich bin bei der FDP, weil sie keine Ein-Themen-Partei ist und sich zum Liberalismus bekennt.»

Tendenz, anderen nicht mehr zuzuhören, die Meinung anderer von vorneherein abzulehnen.

WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?

Am wichtigsten natürlich Schokolade – ich liebe Süsseigkeiten! Nein, im Ernst: von all den existentiellen Erfindungen eine als die wichtigste herauszugreifen fällt mir schwer. Die Kombination macht es aus. Von den neueren Errungenschaften empfinde ich bspw. die Möglichkeit des Homeshopping für überflüssig, da dadurch die ohnehin wachsende Isolation und damit die Vereinsamung gefördert wird.

WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?

Da ich zwar gern andere Orte kennenlerne, das Reisen an sich aber hasse, wäre die Erfindung eines «Beamers» à la Raumschiff Enterprise eine willkommene Erleichterung für mich.

WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

Dass ich von der Ostschweiz innert nützlicher Frist via das rätoromanische Bündnerland im Tessin mit seinem freundlicheren Klima, der anderen Sprache und auch Mentalität ankomme und via Welschland mit seiner weiteren Landessprache, der eigenen landschaftlichen und kulturellen Eigenheit über die Grossstadt Zürich wieder nach Hause reisen kann. Kurz gesagt: die Vielfalt in unserem Land.

WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?

Die tendenzielle Überreglementierung und der vielfach spürbare «Kantönligkeit», weil der in gewissen Bereichen durchaus sachgerechte Föderalismus sich vielerorts kontraproduktiv auswirken kann (siehe z.B. Justiz, Bildungswesen).

WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

Es besteht die Gefahr, dass die «Vision Europa» zu einem überbürokratisierten Einheitsbrei wird. Beteiligen wir uns am Aufbau des «Hauses» Europa, damit wir Gegensteuer geben können!

«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Nein.

GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?

Ich bin kein Freund derartiger Einzelauszeichnungen – die Erfolge des einzelnen Politikers oder der Politikerin gründen in der Regel auf solider Teamarbeit.

WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?

Zum einen, indem er oder sie einsteht für die eigene Meinung, trotzdem aber offen bleibt für andere Auffassungen. Zum anderen, indem er oder sie verantwortungsbewusst handelt, wobei neben der Verantwortung für sich selbst vor allem auch die Verantwortung für die Gemeinschaft gemeint ist.

WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

Weil die FDP keine Ein-Themen-Partei ist, sich zum Liberalismus bekennt und damit klar die Eigenverantwortung des einzelnen Menschen in den Vordergrund stellt.

WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

Stärke: Siehe Antwort zu vorhergehender Frage.

Schwäche: Es besteht die Gefahr der Überalterung, wobei die darin gebundenen Lebens- und sonstigen Erfahrungen zweifellos wertvoll sind. Zusätzlich muss es uns aber noch vermehrt gelingen, junge Personen für unsere Anliegen zu gewinnen.

WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN TUN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?

Singen.

WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?

Da gibt es natürlich viele. Spontan fallen mir zwei Wünsche ein, ein immaterieller und ein eher materieller. Zum einen wünsche ich mir, dass ich in 30 Jahren zu meiner Tochter ein ähnlich tolles Verhältnis habe wie ich heute zu meiner Mutter. Zum anderen wünsche ich mir – zusammen mit meinem Mann – einen Herbst in der Toskana. ■

KURZBIOGRAPHIE

ZUR PERSON: Vincenz-Stauffacher Susanne, 9030 Abtwil, verheiratet, 1 Tochter (1½-jährig)

ALTER: 30

BERUFLICHE STATIONEN: Jus-Studium an der Hochschule St.Gallen, sanktgallisches Rechtsanwaltspatent, selbständige Rechtsanwältin, Hausfrau und Mutter.

Zusätzlich: Präsidentin Sonderschulheim Langhalde, Abtwil; Präsidentin Spitex-Verein Gaiserwald.

POLITISCHER WERDEGANG: Vorstandsmitglied und Aktuarin der FDP Abtwil-St.Josefen, Mitglied der Parteileitung der FDP des Kantons St.Gallen.

LIEBSTE TÄTIGKEIT: Unternehmungen mit Tochter und Ehemann; Lesen.

STICHWORTE

Was fällt Ihnen zu diesen Themen ein?

INTERNET: Daten-Highway; Zukunft; Anonymität

SOZIALSTAAT: Errungenschaft; teuer; Missbrauch

NEAT: Finanzen; Trauerspiel; Bedarf?

AGRARPOLITIK: Subventionen; Landschaftsschutz; Umdenken

VERFASSUNGSREVISION: notwendig; Jahrhundertwerk; Interessenkonflikte

PREISÜBERWACHER: Intervention; effektiv?

«ARENA»: Politspektakel; Profilierungsneurose; Show

Zwischen Liberalismus und Staatssozialismus

Ein historischer Paukenschlag wurde zum Auftakt einer grossen politischen Karriere. Kaum hatte sich der junge Adolf Deucher in Heidelberg als Student der Geschichte und der Philosophie eingeschrieben, wurde er in die Wirren der 1848er Revolution in Deutschland hineingerissen. Das zweite prägende Ereignis, das der junge Deucher von Heidelberg aus aufmerksam mitverfolgte, war die Gründung des Schweizer Bundesstaates. Nach diesen beiden Schlüsselerlebnissen liess ihn die Politik nicht mehr los.

Die in Heidelberg miterlebte revolutionäre Stimmung brachte einen inneren Konflikt zum Ausbruch: geprägt durch ein katholisches Elternhaus, lernte Deucher

die Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution kennen und löste sich vom konservativen Charakter des Katholizismus. Nach Steckborn zurückgekehrt, geriet er mit den Alteingesessenen in Konflikt und zog ins städtische Frauenfeld. Hier wurde er zu einem der Hauptträger der «demokratischen Bewegung» im Kanton Thurgau.

Deucher kämpfte für die Neugestaltung des Bundesstaates 1872–1874 an vorderster Front und legte aus Enttäuschung über die Verwerfung der Bundesverfassungsrevision sein Nationalratsmandat nieder. Als Bundesrat eilte er mit der Einführung der Kranken- und Unfallversicherung seiner Zeit voraus, musste jedoch die Ablehnung seiner

Vorlage hinnehmen. Indes wandelte sich Deucher rasch vom «Parteimann zum Staatsmann», der den Ausgleich suchte; notwendigerweise, denn nur im Konsens mit den beteiligten Parteien konnte sein Lebenswerk, die Kranken- und Unfallversicherung, der Ausbau des Arbeiterschutzes und der Abschluss von Handelsverträgen mit allen wichtigen Partnern der Schweiz, Erfolg haben.

Einmalig in der Schweizer Geschichte ist Deuchers lange politische Laufbahn. 1851 trat er als 20jähriger in Steckborn auf Gemeindeebene in die Politik ein. 1858 wurde er in den Kantonsrat und 1869 als 38jähriger in den Nationalrat gewählt. Von nun an wirkte er während 43 Jahren als National- und Bun-



Elmar Fischer
Dr. med.
Adolf Deucher

desrat. Damit hatte Deucher wie wohl kaum ein anderer Politiker die ganze Spanne von der Gründung des Bundesstaates bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs nicht nur als Zeitzeuge miterlebt, sondern massgeblich mitgestaltet.

Elmar Fischer: Bundesrat Dr. med. Adolf Deucher (1831 bis 1912), Zwischen Liberalismus und Staatssozialismus, Chronos-Verlag, Zürich 1996, 435 S., Fr. 68.– ISBN 3-905312-13-1.

Im letzten Moment aus dem Sumpf

Unzählige Management-Bücher beschäftigen sich mit der Umstrukturierung von Unternehmen, mit Veränderungen, Strategien und deren Wandel. Aber ein Buch darüber zu schreiben, wie man ein Unter-

nehmen im letzten Moment noch aus dem Sumpf zieht, um es in der Folge gar an die Spitze zu führen – das hat kaum jemand gewagt. Ebenso wenig gibt es Strategieratgeber dafür, wie notwendige unternehmerische Kehrtwendungen schmerzlos möglich sind, ohne das Tagesgeschäft zu stören. Kein Wunder, denn das will der Leser handfest und deutlich belegt haben. Aber wer kann schon beides? Firmen wie National Semiconductors drei Tage vor der Insolvenz aus dem Sumpf gezogen und ins obere Drittel des Silicon Valley geführt zu haben ist ein gewaltiger Nachweis.

«Transformation» ist das Hauptwort, das sich wie ein roter Faden durch das Buch zieht und letztlich Überschrift der von Miles entwickelten These ist. Sie

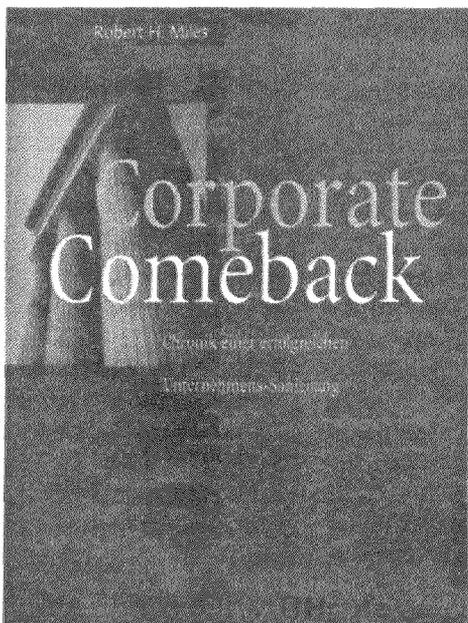
sieht den sanften Übergang und die subtil installierte Veränderung eines krankenden Unternehmens zum gesunden als unabdingbare Voraussetzung für ein erfolgreiches Comeback. Deshalb beginnt das Buch mit der Erläuterung, was Transformation ist und wie man ein Unternehmen erneuert. Die dann folgende Geschichte der Sanierung von National Semiconductor belegt das konkrete Beispiel über die Theorie und beweist damit ihre Machbarkeit.

Doch kein Weg ohne Hindernisse – Miles weiss aus Erfahrung, daß der Wandel immer wieder an kritische Punkte kommt, die ganz besonderer Stärke bedürfen. Deshalb widmet er Teil drei des Werkes der Begegnung mit Querelen, Zweifeln, Schwächen und Einflüssen während und nach der Transformation. All dies wird immer wieder lebendig anhand praktischer Beispiele aus dem erstklassi-

gen Erfahrungsschatz des Autors belegt. Wer Miles' erprobten Leitlinien folgt, kann das Corporate Comeback schaffen, ohne die Brechstange ansetzen zu müssen. Am Ende steht ein völlig gewandeltes Unternehmen am Markt, dem eben noch akute Existenzängste dann nicht mehr anzumerken sind.

«Corporate Comeback» ist ein ebenso aussergewöhnliches wie kompetentes Werk, das an nachvollziehbarer Praxisrelevanz kaum zu überbieten ist. Es liefert den Stoff, Unternehmen selbst im letzten Moment noch aus dem Tief zu ziehen und in ungeahnte Höhen zu führen.

Corporate Comeback, Chronik einer erfolgreichen Unternehmens-Sanierung. Von Robert H. Miles. Neuerscheinung 1997. 343 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag DM 68.–. Rudolf-Haufe-Verlag, Freiburg. Best.-Nr. 01.82/ISBN 3-448-03580-7.



RÜCKTRITT NACH 9 JAHREN ◊ Christian Kauter verabschiedet sich

Die Mühe der Schweiz mit der neuen Welt

Das wichtigste politische Ereignis der letzten 9 Jahre war die sang- und klanglose Abdankung des Moskauer Kommunismus, der die Welt (und damit auch unser Land) während dreiviertel Jahrhundert auf Trab gehalten hatte. Das für mich Eindrücklichste war etwas anderes: das Nicht-zur-Kennntnis-Nehmen dieser Revolution durch die Schweiz. Schon gleich am Anfang, 1989/90, wurden wir von CNN und ihrem im Stil eines Fortsetzungskrimis inszenierten

VON CHRISTIAN KAUTER



Der Fortbestand des fest in der Vergangenheit wurzelnden politischen

Denkens offenbarte sich überall, am nachdrücklichsten bei der «Neutralität». Sie hatte uns seit dem Wiener Kongress während 175 Jahren aus allen Wirren herausgehalten. Die Wende wurde von der offiziellen Schweiz zum Anlass genommen, sie neu zu beschwören. Was uns in der Vergangenheit ermöglicht hatte, unsere gesamte Energie auf die Wohlstandsverbesserung zu konzentrieren, konnte nicht falsch sein. Dabei zeigte sich die Geringschätzung unserer Neutralität durch die USA sofort: die einzige übriggebliebene Weltmacht zwang uns schon 1989/90, die Sanktionen gegen den Irak mitzumachen und das Überfliegen unseres Territoriums hinzunehmen.

Das kümmerte wenig: die 1992er Volksabstimmung über den EWR wurde zum eindrucklichen Plebiszit für die Neutralität von gestern. Indes, 1997 dämmerte es vielen, dass die Neutralität zwar von uns zelebriert werden kann, aber nur dann ihre Wunderwir-

kung erzielt, wenn das Ausland sie akzeptiert. Die einzige Supermacht, die nur noch «gerechte» Kriege führt, empfindet aber unsere Neutralität als verwerfliches Trittbrettfahren.

Entlarvter Aberglaube: das ewige Wachstum

Es dauerte acht Monate und brauchte das Zusammenkrachen von Immobilienimperien, bis die offizielle Schweiz einen Rückgang der Konjunktur eingestand. Und weitere zwei Jahre verstrichen, bis der Begriff «Stagnation» durch «Rezession» ersetzt war. Bis heute wartet man vergeblich darauf, dass der Abschwung mit 200 000 Arbeitslosen als direkte Folge der globalen Veränderung von 1989/90 erkannt wird. Das Aufrechterhalten der Fiktion, der siebenjährige Abschwung sei Episode wie die konjunkturellen Schwankungen von 1973 und 1977, erlaubt es, weiterhin auf Pump zu leben nach der Melodie: In schlechten Zeiten muss man investieren.

Gäbe man zu (was alle wissen), dass weder die Vollbeschäftigung noch das maximale Lebenshaltungsniveau der späten achtziger Jahre in absehbarer Zeit wieder eintreten, so hätte das Folgen: der allseits Ge-

schichte) nötig ist, ist theoretisch recht weit verbreitet. Die Bereitschaft zum Zurückbuchstabieren konkret aber kaum vorhanden. Schwer tut man sich vor allem in den hermetisch abgeschlossenen Räumen, wo Interessenvertreter und Verwaltung gemeinsam die Fortschreitung bestehender Rituale unter neuen Titeln aushecken.

Erfolgreich, aber verteuert: die Exportwirtschaft

Die Exportwirtschaft hat sich noch während des Umsturzes von 1989/90 auf die neue Lage eingestellt. Denn sie, die sich auf den internationalen Märkten nur halten kann, wenn sie reaktionsschnell handelt, hat blitzartig die Folgen des Wegfalls der Polit- und Handelschranken für die Schweiz erkannt. Sie hat den atemberaubenden Rhythmus der Internationalisierung entscheidend mitgestaltet.

Dem Streben nach Ritualisierung veralteter Formen und dem unreflektierten Fortschreiten geübter Formen begegnet die florierende Exportwirtschaft mit Unverständnis. Weil sie sich seit Jahren von der Politik und deren Ritualen abgekoppelt hat, waren ihre Vorschläge zum Scheitern verurteilt: im Weissbuch beging sie die Blasphemie, das Tabu AHV anzusprechen. Und bei den Bundesratswahlen propagiert sie regelmässig eine rein bürgerliche Regierung – ungeachtet der Tatsache, dass bis ins hinterste Dorf auch die harmloseste Opposition in Schulkommissionen und Gemeinderat in die Verantwortung eingebunden wird. Die Folgen sind unverkennbar für unsere Arbeitsplätze: die Schweizer Exportwirtschaft schuf von 1990 bis 1996 im Ausland 300 000 Arbeitsplätze, baute dafür aber einige 10 000 in der Schweiz ab.

schicke machende Staat müsste tun, was Hunderttausende angesichts der rückläufigen Löhne und der explodierenden (mittlerweile obligatorischen) Krankenkassenprämien tun: sich nach der Decke strecken – auch nach der kurzen. Es besteht indessen die Hoffnung, dass sich diese Erkenntnis noch vor der Jahrtausendwende durchsetzt.

Abdankung des Prinzips Hoffnung: der Sozialstaat

Kurz vor der Abstimmung über die zehnte AHV-Revision verkündete unsere Sozialministerin, die AHV sei bis 2005 gesichert. Die Erwähnung dieses Fauxpas könnte hier unterbleiben, wenn nicht auch noch heute das Prinzip Hoffnung unsere Sozialpolitik prägte. Allein die Forderungen der Sozialdemokratischen Partei für die Bereiche AHV, IV, Ergänzungsleistungen, Mutterschaftsversicherung, Kinderzulagen, Krankenversicherung und berufliche Vorsorge kosten nach ihren eigenen Angaben erhebliche zusätzliche Bundes- und Kantonssteuern, ferner über 10 (zusätzliche) Mehrwertsteuerprozente sowie 4,6–7,6 (zusätzliche) Lohnprozente.

Ein Umschwung ist zu verzeichnen: die Erkenntnis, dass es so nicht weitergehen kann, gewinnt an Boden. Von der Realität sind wir indessen noch weit entfernt.

Erschütterte Strukturhaltung: die Binnenwirtschaft

Staatliche Massnahmen zum Schutze der Binnenwirtschaft sind älter als der Kommunismus. Aber sie haben sich im Laufe der Abschottung vom Ausland ins Grotteske ausgeweitet, was der (freisinnige) Präsident des Bauernverbandes anlässlich von dessen hundertstem Geburtstag wie folgt bestätigte: «Wir haben in guten Jahren verlernt, dass Leben stets Risiko bedeutet. Wir haben die Neigung, die Vergangenheit zu verwalten. Dabei vergessen wir zeitweilig, dass wir doch eigentlich die Zukunft gestalten sollten.» Solches müsste längst nicht nur den Bauern, sondern der gesamten Binnenwirtschaft gesagt werden und auch jenen, die unsere Arbeitslosigkeit mit weltweit einzigartigen Umwelt- und Landschaftsschutzaufträgen steigern.

Die Erkenntnis, dass hier ein vollständiges Umdenken (Beschränkung des Staates auf das Wesentli-

che) nötig ist, ist theoretisch recht weit verbreitet. Die Bereitschaft zum Zurückbuchstabieren konkret aber kaum vorhanden. Schwer tut man sich vor allem in den hermetisch abgeschlossenen Räumen, wo Interessenvertreter und Verwaltung gemeinsam die Fortschreitung bestehender Rituale unter neuen Titeln aushecken.

Erfolgreich, aber verteuert: die Exportwirtschaft

Die Exportwirtschaft hat sich noch während des Umsturzes von 1989/90 auf die neue Lage eingestellt. Denn sie, die sich auf den internationalen Märkten nur halten kann, wenn sie reaktionsschnell handelt, hat blitzartig die Folgen des Wegfalls der Polit- und Handelschranken für die Schweiz erkannt. Sie hat den atemberaubenden Rhythmus der Internationalisierung entscheidend mitgestaltet.

Dem Streben nach Ritualisierung veralteter Formen und dem unreflektierten Fortschreiten geübter Formen begegnet die florierende Exportwirtschaft mit Unverständnis. Weil sie sich seit Jahren von der Politik und deren Ritualen abgekoppelt hat, waren ihre Vorschläge zum Scheitern verurteilt: im Weissbuch beging sie die Blasphemie, das Tabu AHV anzusprechen. Und bei den Bundesratswahlen propagiert sie regelmässig eine rein bürgerliche Regierung – ungeachtet der Tatsache, dass bis ins hinterste Dorf auch die harmloseste Opposition in Schulkommissionen und Gemeinderat in die Verantwortung eingebunden wird. Die Folgen sind unverkennbar für unsere Arbeitsplätze: die Schweizer Exportwirtschaft schuf von 1990 bis 1996 im Ausland 300 000 Arbeitsplätze, baute dafür aber einige 10 000 in der Schweiz ab.

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

INTERVIEW ◊ Der neue FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy

FDP – Die Reformpartei

Johannes Matyassy hat am 1. Juli 1997 als Nachfolger von Christian Kauter das Amt des FDP-Generalsekretärs angetreten. Der «Freisinn» hat sich mit ihm über seine Einschätzung des politischen Umfelds, seine Beurteilung der Partei und seine nächsten Ziele unterhalten.

HERR MATYASSY, WIE PRÄSENTIERT SICH DIE AKTUELLE POLITISCHE GROSSWETTERLAGE?

Wir sind seit sieben Jahren mit einer düsteren wirtschaftlichen Situation konfrontiert. Wir werden herausgefordert durch Globalisierung und Arbeitslosigkeit, durch die ungelöste Frage der Integration der Schweiz in Europa und durch immer grösser werdende Unterschiede zwischen einzelnen Regionen unseres Landes. Ich denke auch an die Ereignisse im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögern, die unser politisches System einer schweren Prüfung unterzogen haben, der schwersten seit langem. Ich stelle ein gespanntes politi-

sches Klima fest, das auch durch einen auffälligen Mentalitätswechsel gekennzeichnet ist: Einer der Pfeiler unserer Entwicklung in den siebziger und achtziger Jahren, nämlich der konstruktive Dialog zwischen den Sozialpartnern, existiert praktisch nicht mehr. In dieser Atmosphäre der Unsicherheit haben ultrakonservative Status-quo-Fetischisten Hochkonjunktur.

GLAUBEN SIE, DASS DIE PARTEIEN IN IHRER HEUTIGEN FORM NOCH EINE ZUKUNFT HABEN?

Ich verfüge nicht über die Fähigkeiten einer Madame Tessier, aber eins ist sicher: Unser Umfeld und die Herausforderungen für unser



FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy: «Wir müssen unseren Jungen noch bessere Bildungsmöglichkeiten bieten.»

(Photo ruti)

Land verändern sich in einem immer schnelleren Rhythmus. Um ihm folgen zu können, sind wir gezwungen, uns dauernd wieder neu auszurichten. Wir müssen uns selbst dauernd in Frage stellen und immer wieder auch unsere – politische und auch professio-

nelle – Arbeitsweise anpassen. Von unserer Veränderungsfähigkeit wird unser Überleben abhängen. Die FDP ist dazu fähig: Immer wieder ist sie die Partei, die entscheidende Veränderungen herbeiführt, sie ist die Reformpartei.

WAS MUSS DER FREISINN TUN, UM SEINE STÄRKE ZU BEWAHREN?

Es gibt kein Zaubermittel für eine erfolgreiche Partei. Ich bin aber überzeugt, dass wir im Minimum unsere derzeitige Stärke halten können, wenn wir verständlich und kohärent unsere klaren und markanten Positionen deutlich machen. Es gibt genügend Parteien und Persönlichkeiten, die sich vor allem an Vergangenen orientieren. Die FDP hingegen ist die Reformpartei. Die FDP hat in Zukunftsgebieten wie der Bildung, den neuen Technologien, der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, der Förderung und Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) die Themenführerschaft übernommen. Gleichzeitig wollen wir der schweizerischen Wirtschaft den Zugang zum europäischen Markt sicherstellen und die Sozialwerke der

FORTSETZUNG VON SEITE 5

Erfolgsrezept Liberalismus

Im schweizerischen Regierungssystem spielen die Parteien eine untergeordnete Rolle: gewiss dürfen sie die Wahlen und Abstimmungen bestreiten, aber sie sind – im Gegensatz zu Wirtschaft und Ökologie – vom Staat weder gesetzlich anerkannt noch gar unterstützt. Wer als Diener einer Partei die politischen Mechanismen aus der Nähe erlebt, spürt diese Ohnmacht gleich doppelt: in der Lobby sind die wirtschaftlichen Institutionen zur Rechten wie zur Linken

dank ihrer gewaltigen Mittel überlegen. Und bietet der Parteidiener seine Speise den Gewählten an, so stellt er fest, dass sich ein grosser Teil bereits bei den Verbänden verpflegt hat. Generalsekretäre der schweizerischen Bundesratsparteien sind darum ganz bewusst nicht politische Mandatsträger. Sie sind auch nicht Fechter, sondern Schwimmer. Und haben sie ausnahmsweise einmal Boden unter den Füüssen, so üben sie den Spagat zwischen weit auseinander liegenden Positionen.

Für die FDP war die Ausgangslage von 1989/90

besonders schwierig, war sie doch im Gefolge der Angelegenheit Kopp während langer Zeit mit sich selber beschäftigt. Entsprechend war es für sie in den Verteilungskämpfen der Rezession nicht einfach, die von der Parteileitung immer wieder angestrebte Vorwärtsstrategie umzusetzen. Am deutlichsten wurde dies bei der Europaparteitag von 1995 sprach sich für die Öffnung aus, die Fraktion war dagegen. Dazu kam der Ballast der traditionsreichsten Regierungspartei. Die FDP stellt sich reflexartig vor den Staat, der der Ihre ist – auch

dann, wenn dieser im kalten Krieg über weite Strecken «entliberalisiert» worden ist.

Es ist weiter nicht erstaunlich, dass aus dem Ende des Kommunismus die Linke und die konservative Rechte den grössten Nutzen zogen: die Linke verlor über Nacht den sie behindernden Pferdefuss Moskau und konnte umgehend mindestens verbal einzelne liberale Positionen (etwas mehr Markt, aber nur im nichtstaatlichen Bereich) übernehmen. Die konservative Rechte hatte es noch leichter. Sie brauchte angesichts der sich bewegenden Welt

lediglich den Rückspiegel zu montieren und auf die «heile Welt» des kalten Krieges zu fokussieren.

Trotzdem: es führt kein Weg an der Anpassung an die heutige Welt vorbei. Denn wir brauchen nicht nur eine florierende Exportwirtschaft, sondern vordringlich Arbeitsplätze in der Schweiz. Das heisst: wir brauchen eine Binnenwirtschaft, die mit der grenznahen Konkurrenz mithalten kann. Die Geschichte lehrt, dass das mit einem lebendigen Liberalismus am sichersten zu haben ist. ■



Noch nicht lange im Amt und bereits viel zu tun: der neue FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy.

(Photo ruti)

Schweiz vor dem Dreifussschen Defizittod bewahren.

WELCHES SIND DIE WICHTIGSTEN POLITISCHEN PROBLEME IN DIESEM MOMENT?

Die Schweiz steht vor einer ganzen Reihe von Problemen, die wir lösen können und müssen, wenn wir die Einheit in diesem Land, seine Ehre und das Selbstvertrauen der Schweizerinnen und Schweizer wieder herstellen. Die Schweiz muss sich noch weiter wirtschaftlich öffnen gegenüber Europa und der Welt. Wir sind keine Insel. Europa rund um uns herum baut jeden Tag, Schritt für Schritt an einem gemeinsamen Haus. Wir müssen Stagnation und Arbeitslosigkeit überwinden, indem wir die Globalisierung als Chance nutzen. Wir müssen unseren Jungen noch bessere Bildungsmöglichkeiten bieten und den Technologietransfer zu den KMUs weiter fördern. Mit Überzeugung müssen wir weitermachen auf unserem Weg der wirtschaftlichen Reformen und der Liberalisierung. Die Gesundung der Bundesfinanzen ist nicht nur möglich, sie ist absolut notwendig. Gleichzeitig müssen die Sozialleistungen gerettet und die Sozialwerke nachhaltig saniert werden.

GLAUBEN SIE, DASS DIE FDP – WIE DIE ANDERN PARTEIEN – IHRE KANTONALEN UND REGIONALEN STRUKTUREN WIRD BEHALTEN KÖNNEN? WELCHES IST DIE ROLLE DER KANTONALPARTEIEN?

Die Aufrechterhaltung der kantonalen und regionalen Strukturen ist für mich von zentraler Bedeutung. Die FDP ist eine nationale Partei und wird es auch bleiben. Der Kontakt mit der Basis ist unentbehrlich. Da spürt man, welches die wahren Probleme der Schweizerinnen und Schweizer sind. Die Schweiz ist ein Land der vier Kulturen, wir treffen deshalb je nach Region oder Kanton auf sehr verschiedene Sensibilitäten. Wir wollen, anders als die SVP, keine Partei mit einer eindimensionalen Denkweise werden. Wir brauchen deshalb dieses Netz von kantonalen und lokalen Parteien, welche verschiedene Ansichten einbringen. Und wenn die Entscheide dann einmal getroffen sind, bildet dieses Netz einen wichtigen Verstärker für die Position der FDP.

WO SETZEN SIE IHRE PRIORITÄTEN?

Auf der politischen Ebene ist der wichtigste Beitrag des Generalsekretariats zum FDP-Erfolg, klare politische Positionen zu erarbeiten und diese auch nach aussen zu kommunizieren. Schweizerinnen und Schweizer müssen wissen, welches die FDP-Positionen in diesem oder jenem Geschäft sind. Der Zusammenarbeit mit den Regionen und Kantonen kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Auf logistischer Ebene geht es darum, ein perfektes «Backoffice» zu sein.

WELCHEN WEG SOLLTE DIE FDP BESCHREITEN, UM JUNGE LEUTE FÜR DIE PARTEI ZU BEGEISTERN?

Die Jungen erwarten, dass man ihre Ansichten, ihre Sorgen und ihre Denkart respektiert und ihnen eine Perspektive gibt. Die FDP vermittelt den Jungen eine solche Perspektive. Die FDP ist die Reformpartei, sie ist die Leaderin für die Zukunftsthemen: Bildung, Schaffung von Arbeitsplätzen, neue Technologien, wirtschaftliche Öffnung der Schweiz gegenüber Europa

und der Welt. Im ständigen Dialog mit unseren Jungen geht es darum, über ihre Sensibilitäten und Bedürfnisse auf dem laufenden zu bleiben.

WIE BETRACHTEN SIE DEN VORMARSCH DER LINKEN IN GANZ EUROPA?

Es ist richtig, dass kaum noch Rechts- oder Zentrumsregierungen in Europa an der Macht sind. Jeder Fall ist aber einzeln zu betrachten. Zwei Beispiele: In Grossbritannien hatten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger kein Vertrauen mehr in die Regierung Major. Sie wollten einen Wechsel. Dazu kam, dass das Programm von Tony Blair jenem der Tories wahrscheinlich ähnlicher war als jenes von Major. In Frankreich haben die wirtschaftliche Situation und die restriktiven Budgetmassnahmen zur Erreichung der Maastricht-Kriterien das Ihre zum Wechsel beigetragen. Ich glaube nicht, dass man von einem generellen Kurswechsel nach links sprechen kann. Man muss aber anerkennen, dass die schwierige wirtschaftliche Situation für die Linke mit ihren zu

ZUM THEMA

Die FDP hat in Zukunftsgebieten wie der Bildung, den neuen Technologien, der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, der Förderung und Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) die Themenführerschaft übernommen.

Die Aufrechterhaltung der kantonalen und regionalen Strukturen ist für mich von zentraler Bedeutung. Die FDP ist eine nationale Partei und wird es auch bleiben.

Wir müssen diese negative Mentalität durch einen neuen Pioniergeist ersetzen, wie er während eines grossen Teils dieses Jahrhunderts in der Schweiz geherrscht hat. Wir müssen unsere Kräfte bündeln und an unsere Stärken glauben.

einfachen kurzfristigen Rezepten eher günstig ist.

WELCHE BOTSCHAFT MÖCHTEN SIE DEN LESERINNEN UND LESERN DES «FREISINNS» MITGEBEN?

Wir Schweizerinnen und Schweizer haben momentan eine Tendenz zur Selbstgeisselung. Diese müssen wir stoppen. Wir müssen diese negative Mentalität durch einen neuen Pioniergeist ersetzen, wie er während eines grossen Teils dieses Jahrhunderts in der Schweiz geherrscht hat. Wir müssen unsere Kräfte bündeln und an unsere Stärken glauben. Und wir brauchen dazu Schweizerinnen und Schweizer, die sich für unser Land und seine Werte engagieren.

VERANSTALTUNG

50 Jahre AHV: Für Sozialwerke mit Zukunft

Die ausserordentliche Delegiertenversammlung vom 15./16. August 1997 findet in Zug statt. Die FDP dankt den Zuger Parteikolleginnen und -kollegen ganz herzlich dafür, dass wir in der Zentralschweiz zu Gast sein dürfen.

GUS. Den thematischen Schwerpunkt am Samstag haben wir bei der Sozialpolitik gesetzt. Das Jubiläum «50 Jahre AHV» – deren Väter sind Freisinnige – bietet eine gute Gelegenheit, nebst einem kurzen Blick zurück, vor allem die Sozialwerke der Zukunft zu diskutieren. Einige der schweizerischen Sozialwerke sind von riesigen Defiziten bedroht. Bei einigen sind grössere Reformschritte notwendig, damit sie überhaupt überleben können. Sozialwerke reformieren, damit sie überleben können, lautet die Lösung. Hierzu die freisinnigen Konzepte aufzuzeigen ist unsere Aufgabe. Andere Parteien schlagen Verstaatlichungslösungen, neue Lohn- oder Mehrwertsteuerprozente vor. Die Be-

lastung der arbeitenden Bevölkerung ist aber nicht beliebig ausbaubar. Unser Ziel ist es, in Zug neue, durchdachte, andere Konzepte für unsere Sozialwerke aufzeigen zu können. Unserer FDP bietet sich damit die Chance, als Reformpartei Eckpfeiler für die zukünftige Sozialpolitik zu setzen.

Einen gewichtigen Platz an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung werden auch die Diskussion und die Parolenfassung zur Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» einnehmen. Sie verlangt eine Abkehr von der bisherigen – im internationalen Vergleich recht erfolgreichen – bundesrätlichen Drogenpolitik der vier Säulen hin zu einer repressionsorientierten Politik. Auch die Abgabe von Heroin an Schwerststüchtige wäre nach einer Annahme der Initiative nicht mehr möglich, jene von Methadon höchstens noch in sehr eingeschränkter Form.

Bereits am Freitag wird sich der Delegiertenrat mit dem Bundesbeschluss «Finanzierung der Arbeitslosenversicherung» ausein-

andersetzen, der ebenfalls am letzten Septemberwochenende zur Abstimmung gelangt. Gewerkschaftliche Kreise haben das Referendum ergriffen, da sie der Meinung sind, weitere Leistungsbeschränkungen bei den Versicherungsleistungen seien für die Arbeitslosen nicht mehr tragbar. Andererseits wird geltend gemacht, dass die Arbeitslosenversicherung (ALV) hochverschuldet ist und trotz dem – befristeten – dritten Lohnprozent Defizite schreibt. Die bescheidenen Leistungseinschränkungen seien in Kauf zu nehmen.

Der Delegiertenrat wird ebenfalls am Freitag seinerseits die Sozialpolitik anschneiden, und zwar punktuell zur Krankenversicherung. Ein FDP-Ausschuss hat kostendämpfende Massnahmen erarbeitet, welche im Delegiertenrat präsentiert werden. Anschliessend diskutieren verschiedene Experten des Gesundheitswesens die Umsetzung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG).

Auf nach Zug!

FREITAG, 15. AUGUST 1997

16.00 Uhr Sitzung des Delegiertenrates

SAMSTAG, 16. AUGUST 1997

Ausserordentliche Delegiertenversammlung

9.40 Uhr Eröffnungsreferat durch
NR Franz Steinegger, Parteipräsident
«**Liberaler Reformen zur Sicherung des Wohlstands**»

50 Jahre AHV: Für Sozialwerke mit Zukunft

10.00 Uhr BR Jean-Pascal Delamuraz,
Vorsteher EVD:
«**50 Jahre AHV, 25 Jahre Dreisäulenprinzip: Wertvolle Errungenschaften**»

10.20 Uhr «**Für Sozialwerke mit Zukunft**»:
Präsentation der FDP-Postulate
SR Fritz Schiesser

10.35 Uhr Podiumsdiskussion – unter Einbezug der Delegierten – über FDP-Postulate «**Für Sozialwerke mit Zukunft**»
Teilnehmer: NR Christine Egerszegi, SR Françoise Saudan (angefragt), Dr. Hans Furer (Geschäftsleitung Schweiz. Angestelltenverbände), SR Fritz Schiesser, Prof. Peter Zweifel (Uni Zürich) (angefragt)
Leitung: NR Franz Steinegger, Parteipräsident

11.30 Uhr BR Kaspar Villiger, Vorsteher EFD
«**Das Weiter-so in der Sozialpolitik ist nicht möglich!**»

Abstimmungsvorlage 28. September 1997

- VI «Jugend ohne Drogen»

11.50 Uhr Kontradiktorische Diskussion
Contra: NR Yves Christen, NR Marc Suter, Dr. Ernst Aeschbach (Vizepräsident Verein für Psycholog. Menschenkenntnis)
Pro: NR Hans Fehr (svp.), NR Walter Schmied (svp.)
Leitung: René Zeller (NZZ)

12.40 Uhr Votum BR Kaspar Villiger, Vorsteher EFD
Anschl. Parolenfassung durch die Delegierten

12.55 Uhr Schlusswort des Parteipräsidenten
Anschliessend Apéritiv

Talon

Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 16. August 1997 im Casino in Zug sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen.

Bitte melden Sie sich mit dem Talon bis spätestens am 11. August 1997 an:

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte möglichst rasch einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

50 JAHRE AHV ○ Perspektiven

AHV ja – nur zu Lasten der Jungen nein

Die AHV ist 50 Jahre alt. Das Jubiläum bietet Anlass, den Generationenvertrag neu zu überdenken und sich zu fragen: Welche AHV brauchen wir überhaupt? Wir Jungfreisinnige sehen Handlungsbedarf und haben Ideen. Eines ist sicher: Die Einbahnstrasse «Junge zahlen für Alte» ist überholt.

MICHAEL HUBER
VIZEPRÄSIDENT JUNG-
FREISINNIGE SCHWEIZ
MURI BE

Seit der Einführung der AHV im Jahre 1947 haben sich – 50 Jahre später – die Verhältnisse verändert. Erstmals ist ungewiss, ob die AHV in Zukunft finanziert werden kann. Nachdem Bundesrätin Dreifuss in verantwortungsloser Weise während langer Zeit die Sachlage beschönigt hat, spricht der IDA-FiSo-Bericht nun eine deutliche Sprache: Im Jahre 2010 wird ein ungedeckter Mehrbedarf von nicht weniger als 14 Milliarden Franken bestehen – eine halbe Neat pro Jahr. Um dieses Loch aufzufüllen, müssten 5,2 Lohnprozente mehr eingezahlt oder die Mehrwertsteuer um 6,8 Prozent erhöht werden.

**Ursachen bekannt –
keine Massnahmen
ergriffen**

Die Ursachen für diese beunruhigende Aussicht sind bekannt. Im Vordergrund steht die demographische Entwicklung. Immer mehr Alte stehen immer weniger Jungen gegenüber: Während 1950 neun Junge für einen Rentner die AHV-Rente finanziert haben, waren es 1990 nur noch vier, im Jahre 2040 werden es

nur noch zwei sein. Weiter verursacht die unvorteilhafte konjunkturelle Lage Ausfälle auf der Einnahmenseite. (Zur Erinnerung: Die Schweiz hat es geschafft, innert weniger als 10 Jahren ihre Arbeitslosenrate zu verachtfachen. Einsamer Rekord.) Sodann kommt erschwerend dazu, dass die Bundes- und viele Staatskassen nicht nur leer, sondern stark verschuldet sind.

**Und darf es noch
ein MWSt-Prozent mehr
sein?**

Nicht zuletzt auch im Hinblick auf die nicht rosigen Aussichten bei den anderen Sozialwerken besteht sofortiger Handlungsbedarf. Offensichtlich scheint der Ernst der Lage von der SP und ihrer Bundesrätin jedoch nicht erkannt worden zu sein. Im Gegenteil: Neue Leistungen sollen hinzukommen und bestehende weiterausgebaut werden. Für die Finanzierung gibt es glücklicherweise seit einigen Jahren eine Patentlösung: Die SP, welche die MWSt zuerst entschieden als «unsozial» abgelehnt hat, scheint nun grossen Gefallen an ihr gefunden zu haben. Kurz: Jedes Finanzierungsproblem kann und soll über ein oder zwei MWSt-Prozente mehr gelöst werden. Ob

AHV, Arbeitslosenversicherung, Krankenkassenbeiträge, Mutterschaftsversicherung oder Neat – die MWSt scheint der goldene Esel für alles zu sein. Offensichtlich darf die MWSt-Belastung keine oberen Grenzen kennen.

Aber nicht nur auf der Einnahmenseite stehen wir vor einer neuen Situation. Es darf nicht ausser acht gelassen werden, dass sich die Lebensqualität für ältere Leute in jeder Hinsicht verbessert hat. 70jährige sind besser «zväg» als 1947. In der Regel sind erst Hochbetagte auf Hilfe und Pflege angewiesen. Die Seniorinnen und Senioren waren auch noch nie so reich: In den letzten 30 Jahren hat sich das Reinvermögen in der Schweiz um 700% erhöht. Es wurde noch nie so viel vererbt – Tendenz steigend.

**11. AHV-Revision nicht
nur Sanierungsrevision**

Eines steht fest: Nach 10 AHV-Revisionen des Leistungsausbaus muss die 11. AHV-Revision zur Sanierungsrevision werden – aber nicht nur. Im Hinblick auf die Perspektiven des IDA-FiSo-Berichts müssen Massnahmen auf der Leistungsseite gefunden werden. Für uns Jungfreisinnige ist klar, dass das 50jährige Jubiläum dazu genützt werden muss, innewahalten und sich grundlegende Gedanken zur Zukunft der AHV zu machen. Man soll sich insbesondere zurückbesinnen, wofür die AHV geschaffen wurde: zur Existenzsicherung im Alter.

**Reiche Rentner erhalten
zu viel – arme zu wenig**

Viele Rentnerinnen und Rentner sind heute gar nicht mehr auf die AHV angewiesen: Sie erreichen aus Vermögensertrag sowie zweiter und dritter Säule ein genügend grosses Einkommen. Während reiche die Maximalrente erhalten, müssen freilich ärmere Seniorinnen und Senioren mit der Minimalrente – allenfalls erweitert um die Ergänzungsleistung – auskommen. Diese Regelung vermag nicht mehr zu überzeugen.

Reichen nach jahrelangem Einzahlen gänzlich die AHV-Renten zu entziehen wäre jedoch falsch. Die AHV muss eine Versicherung bleiben und soll nicht zur Lohnsteuer verkommen. Trotzdem ist es stossend, wenn die AHV-Renten bei vielen Rentnerinnen und Rentnern auf irgendeinem Bankkonto verstauen, bis sie schliesslich vererbt werden.

**Einheitsrente und neue
Ergänzungsleistungen**

Neue Modelle sind gefragt: Die Einführung einer Einheitsrente, die etwas tiefer als die zur Zeit im Durchschnitt bezogenen Renten (1996: Einzelperson: Fr. 1640.–, Ehepaar: Fr. 20 700.–) anzusetzen wäre, bietet sich als zukunftsgerichtete und sozial verträgliche Lösung an. Entgegen allen Behauptungen bedeutet die Einführung einer Einheitsrente nachgerade keinen Sozialabbau. Wenn Seniorinnen und Senioren mit sechsstelligem jährlichem Ersatzeinkommen eine tiefere AHV-

ZUM THEMA

Es darf nicht ausser acht gelassen werden, dass sich die Lebensqualität für ältere Leute in jeder Hinsicht verbessert hat. 70jährige sind besser «zväg» als 1947.

Die AHV muss eine Versicherung bleiben und soll nicht zur Lohnsteuer verkommen.

Schlimm genug, dass uns Jungen der Zinsendienst und die Abzahlung von 80 Milliarden Franken Schulden in der Bundeskasse überlassen werden...

Rente erhalten als heute, kann dies kein Sozialabbau sein.

Als Gegenstück sind mit der Einführung der Einheitsrente die Ergänzungsleistungen auszubauen. Ziel muss sein, dass diejenigen Rentnerinnen und Rentner, die mit der Einheitsrente zuzüglich zweiter Säule kein genügend hohes Einkommen für den Lebens-

FORTSETZUNG AUF SEITE 12

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

100 Jahre
Erfahrung,
Dynamik,
Tradition

Ein
Jahrhundert
für unsere
Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Genua – Suezkanal – Indischer Ozean – Südafrika in 37 Tagen

Reisedatum: 10.10.–15.11.97



Sofort buchen, Platzzahl beschränkt!

Sensationspreis ab
Fr. 7990.-
Normalpreis 10'500.-

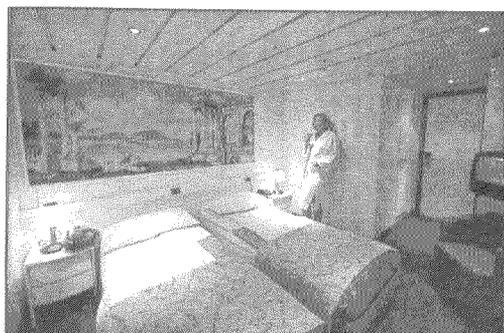
Einmaliges Sonderangebot für FDP-Mitglieder mit dem Traumschiff «MV ITALIA PRIMA»

Erfüllen Sie sich den Traum, auf dieser exklusiv für Sie angebotenen Kreuzfahrt. Das 1994 in Dienst gestellte weisse Traumschiff ITALIA PRIMA mit der idealen Grösse von 15 000 BRT (250 Kabinen) kombiniert den Charme eines Kreuzfahrtschiffes mit dem Komfort und Service eines Grand Hotels.

Die Traumkreuzfahrt führt von Genua durch den Suezkanal, entlang der arabischen Halbinsel zu den Seychellen, nach Kenia sowie zu den Inseln Sansibar, den Komoren, Nosy Bé (Madagaskar), Mauritius, La Réunion bis nach Südafrika.

So wohnen Sie

Das vollständig renovierte Schiff verfügt über 250 Kabinen, 90 % davon Aussenkabinen! Die überdurchschnittlich grossen Kabinen sind elegant und äusserst geschmackvoll eingerichtet und verfügen alle über Badewanne mit Dusche, Toilette, Haartrockner. Die Klimaanlage ist individuell regulierbar. Zu den weiteren Annehmlichkeiten gehören Farb-TV, Telefon, Radio, Frigo-Bar und Safe.



Mehr für Ihr Geld....

An Bord der ITALIA PRIMA erhalten Sie mehr für Ihren Ferien-Franken. Eine erstklassige Infrastruktur sorgt dafür, dass Ihre Reise zu einem einmaligen und interessanten Erlebnis wird. Erstklassig organisierte Landausflüge bringen Ihnen die besuchten Länder und Regionen näher. Während der Tage an Bord informieren Vorträge Ihren nächsten Landgang. Unternehmenslustige kommen bei einem abwechslungsreichen Unterhaltungs-, Sport- und Animationsprogramm auf ihre Rechnung. Ein Fitnessraum, Bars und Restaurants, ein Spielcasino, die neusten Filme über Farb-TV in Ihrer Kabine, jeden Abend Unterhaltung und Shows, präsentiert von internationalen Künstlern, runden das Angebot ab.



Kulinarische Köstlichkeiten

ITALIA-PRIMA-Kreuzfahrten sind Ferien für Geniesser. Dazu gehören natürlich auch kulinarische Höhepunkte, zubereitet vom italienischen Küchenteam. Vom grossen Frühstücksbüffet bis zum Mitternachtsbüffet werden Sie mit Spezialitäten verwöhnt und von Ihrem Tischkellner kompetent und freundlich bedient. Die Mahlzeiten werden in nur einer Sitzung eingenommen, was viel zur entspannten Ambiance beiträgt.

Höhepunkte

Ägypten

Die klimatisch wohl angenehmste Zeit um Ägypten zu besuchen. Sie haben die Möglichkeit Kairo mit seinen weltberühmten Pyramiden zu besuchen. Für alle "Seebären" ist die Durchfahrt durch den Suezkanal ein einmaliges Erlebnis. Mystisches Katharinenkloster auf der Sinaihalbinsel.

Jordanien

Vom Golf von Aqaba aus besuchen Sie Petra, eine der faszinierendsten Kulturstätten des Mittleren Ostens.

Jemen

Ursprüngliches Arabien wie aus "1001-Nacht" und Städte wie "Manhattan aus Lehm".

Seychellen

Das "Südseeparadies" im Indischen Ozean wird Sie begeistern: Üppige Vegetation, Regen- und Nebelwälder und traumhafte Sandstrände.

Sansibar

Mystische Seefahrer-Insel, auf der die Zeit stehen geblieben ist.

Kenia

Nur in Kenia können Sie diese sagenhafte Tierwelt bewundern. Erholung "pur" an den weissen Sandstränden von Südmombasa.

Nosy Bé (Madagaskar)

Die "Perle des Indischen Ozeans" wird Sie mit ihrer Schönheit begeistern.

Mauritius

Mauritius, die Ferieninsel "par excellence". Die Traumstrände der Insel sind auf der ganzen Welt ein Begriff.

La Réunion

Die zu Frankreich gehörende Insel hat sich vor allem wegen ihrer landschaftlichen Schönheit zum Geheimtip für Naturliebhaber entwickelt. Üppige Vegetation und eine gebirgige Topographie verleihen der Insel ihren unverkennbaren Charakter.

Südafrika

Durban und Kapstadt sind Ihre Häfen. Und kleine, ausgewählte Landausflüge oder gar eine Mini-Südafrika-Rundreise bringen Ihnen dieses faszinierende Land näher.

Reiseprogramm

Tag	Datum	Programm
1	10.10.97	Anreise nach Genua
2	11.10.97	Auf See bis 13.10.
5	14.10.97	Port Said (Ägypten). Passage Suez-Kanal Suez (Ägypten)
6	15.10.97	Sharm-el-Sheik (Ägypten / Sinai)
7	16.10.97	Aquaba (Jordanien)
8	17.10.97	Auf See bis 18.10.
10	19.10.97	Hodeidah (Jemen)
11	20.10.97	Auf See bis 22.10.
13	22.10.97	Äquatorüberquerung
14	23.10.97	Victoria (Seychellen)
15	24.10.97	Victoria (Seychellen)
16	25.10.97	Auf See bis 26.10.
18	27.10.97	Sansibar (Tanzania)
19	28.10.97	Mombasa (Kenya) bis 31.10.
23	01.11.97	Moroni (Komoren)
24	02.11.97	Nosy Bé (Madagaskar)
25	03.11.97	Auf See
26	04.11.97	Port Louis (Mauritius)
27	05.11.97	Port Louis (Mauritius)
28	06.11.97	La Possession (Réunion)
29	07.11.97	Auf See bis 09.11.
32	10.11.97	Durban (Südafrika)
33	11.11.97	Auf See
34	12.11.97	Kapstadt (Südafrika)
36	14.11.97	Kapstadt Rückflug in die Schweiz.
37	15.11.97	Ankunft in Zürich Kloten.

Nicht inbegriffen

Persönliche Ausgaben, Landausflüge, Visagebühren



Verlangen Sie unser ausführliches Detailprogramm. Für Informationen und Anmeldungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Infotelefon
056/493 02 02

Damit alle gut fahren, seit 1895.
TWERENBOLD
Fislisbacherstrasse 5406 Baden-Rüti Hof

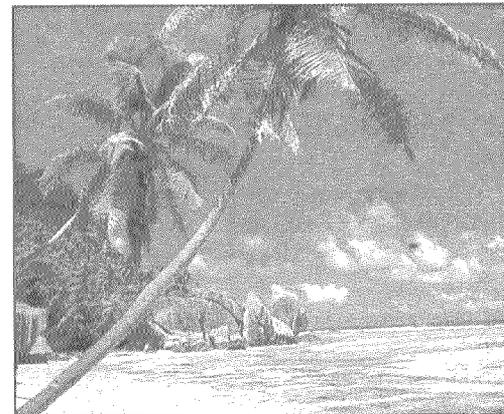
Preise pro Person

37 Tage pauschal

(Vollpension auf Schiff)	Fr. 7'990.-
Kabinen-Alleinbenützung	Fr. 2'100.-
Kabinen auf Amalfi-Deck	Fr. 400.-
Versicherungspaket (Familie)	Fr. 138.-
Versicherungspaket (Einzel)	Fr. 158.-

Reisedatum

10.10. – 14./15.11.97



Twerenbold Leistungen

- Busanreise Schweiz-Genua
- Kreuzfahrt mit 35 Übernachtungen an Bord in geräumigen Aussenkabinen
- Vollpension ab Abendessen 1. Tag bis Mittagessen 36. Tag (6 Mahlzeiten und Zwischenmahlzeiten/Tag)
- Tischwein und Säfte zu den Hauptmahlzeiten
- Willkommens- und Abschiedscocktail
- Trinkgeld an Bord (Besonderer Service sollte zusätzlich honoriert werden)
- Freie Teilnahme an allen Bordveranstaltungen
- Twerenbold-Reiseleitung auf der ganzen Reise
- Linienflug Kapstadt-Zürich in Economy-Klasse (20 kg Freigepäck)

FORTSETZUNG VON SEITE 9

unterhalt erzielen, Anspruch auf weitere Leistungen aus der AHV-Kasse haben, so dass ihr finanzielles Fortkommen gesichert ist. Das bedeutet im Klartext, dass Bedürftige eine höhere AHV-Rente erhalten als heute.

Wir Jungen – auch wir Jungfreisinnige – wollen den Generationenvertrag nicht kündigen. Wir erwarten aber, dass die ältere Generation Verständnis dafür hat, dass wir nur dann bereit sind, in eine Versicherung zu investieren, wenn wir davon ausgehen können, dass auch wir Junge später einmal von den Leistungen profitieren können. Es beunruhigt uns, mit welcher Selbstgerechtigkeit heute Leistungsausbau betrieben wird (Stichwort: Mutterschaftsversicherung), ohne sich den finanziellen Konsequenzen für uns Jugendliche bewusst zu werden. Schlimm genug, dass uns Jungen der Zinsendienst und die Abzahlung von 80 Milliarden Franken Schulden in der Bundeskasse überlassen werden . . . ■

KOLUMNE

Revision oder Revanche?



Niemand, auch niemand von den gedruckten und elektronischen Medien, verargt es einer Nationalrätin, einem Ständerat und einer ganzen Fraktion, wenn sie sich über einen Zeitungsartikel, eine Radioreportage oder eine Fernsehsendung empören, ihrem Ärger ungebremst freien Lauf lassen und sich den oder die Verantwortlichen mindestens ins Pfefferland wünschen.

Solche emotionalen Reaktionen gehören zum natürlichen Spannungsverhältnis zwischen Politik und Medien. Nicht selten ist der parlamentarische Zorn sogar gerechtfertigt, weil eine Redaktorin oder ein Journalist übers Ziel hinausgeschossen, schlampig recherchiert oder verletzend kommentiert hat.

Doch diese ungunstigen und meist auf einen Einzelfall bezogenen Gefühle sind ein schlechter Ratgeber, wenn es wie jetzt um die Revision des Medienstrafrechts geht. Dann kann das Bestreben nicht lauten, irgendwelche alten Privatrechnungen zu begleichen, sich für ein journalistisches Foul zu revanchieren und die berichterstattende Zunft samt und sonders in den gleichen Topf zu wer-

fen. Mit der Änderung des Medienstrafrechts bietet sich auch keine direkte Gelegenheit, fördernd auf die Qualität von Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen einzuwirken.

Den eidgenössischen Räten ist einzig und allein die Aufgabe gestellt, überzeugende Lösungen zu finden, damit das schweizerische Medienstrafrecht künftig den höheren Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention genügt. Dieser grosse Zusammenhang schliesst Kleinlichkeiten aus. Allen Mitgliedern beider Kammern, die legiferierend vorwärts blicken und nicht vergeltend rückwärts, sei hier gedankt.

Eine liberal geregelte Kommunikationsfreiheit ist die Grundvoraussetzung für jene unabhängigen Medien, die in der Meinungsbildung eine unerlässliche Rolle spielen. Daraus ergeben sich zwingend der Quellenschutz, ein Zeugnisverweigerungsrecht, das nur wenige, abschliessend aufgezählte Ausnahmen kennt, und der strafrechtliche Schutz vor der Publikation von Indiskretionen. Und es bedarf zudem mit Dringlichkeit eines Quellenschutzes, der nicht nur jenen gewährt wird, die beruflich für ein

periodisch erscheinendes Medium tätig sind, sondern einem weiteren Kreis vergleichbarer Personen, z. B. den Dokumentarfilmschaffenden und den Buchautoren.

Die anstehende Differenzbereinigung eröffnet bei intaktem Willen die Chance, das Medienstrafrecht in einer Art und Weise zu reformieren, die die freie Kommunikation stärkt und die Schweiz davor bewahrt, vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte peinlich in den Senkel gestellt zu werden. Auf solchen Imageschaden können wir leicht verzichten. Darum dreht es sich hier nicht primär um die Qualität der Medien, sondern um jene des Gesetzgebers.

*Alex Bänninger
Publizist, Präsident
des Freisinnigen
Presseverbandes
der Schweiz, Zürich*

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren
Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-



Mehrwertsteuer statt Benzinsteuern

Nicht nur Autofahrer brauchen die NEAT. Alle profitieren.

FDP. Jetzt stimmt die NEAT-Finanzierung.

Die FDP will eine breitere Abstützung der NEAT-Finanzierung. Neben der Schwerverkehrsabgabe sollen weder Benzinzehner noch Benzinfüfner erhoben werden. Hingegen kann der Bund die MWSt um 0.1 Prozent anheben für diese nationale Investition in die Schweizer Bahnen. Die FDP hat sich im Nationalrat durchgesetzt - jetzt stimmt die NEAT-Finanzierung. FDP Schweiz, Postfach, 3001 Bern.



FDP auf Internet:
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
www: <http://www.fdp-prd.ch/fdp-prd/>

BILANZ BEI DEN SOZIALWERKEN  Einführung der Mutterschaftsversicherung

Sicherung statt Ausbau der Sozialwerke

Kürzlich jährte sich zum 50. Mal ein historischer Urnengang. Am 6. Juli 1947 hiessen die Schweizer Stimmberechtigten das Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung gut. Bis heute steht die AHV im Vordergrund der mittlerweile auf zehn angewachsenen staatlichen Sozialwerke, und zwar nur schon wegen ihrer Grössenordnung: Sie schützt jährlich rund 25 Milliarden Franken aus, mehr als doppelt soviel wie alle Pensionskassen der beruflichen Vorsorge zusammen.

FDP-NATIONALRAT
OSCAR FRITSCHI
WETZIKON ZH



Allerdings: War während Jahrzehnten ein kontinuierlicher Ausbau des sozialen Netzes in unserem Land möglich, so türmen sich derzeit schwarze Wolken am Horizont auf. Die AHV sieht sich mit einer ungünstigen demographischen Entwicklung konfrontiert. Haben heute 4,2 Erwerbstätige im Umlageverfahren für die Rente einer Person im AHV-Alter aufzukommen, sinkt das Verhältnis – ziemlich genau absehbar – bis ins Jahr 2040 auf 2,5:1.

33 von 100 Franken

Sodann fällt die Krise der Bundesfinanzen in Betracht, weil der Bund bei verschiedenen Sozialversicherungen gesetzlich in der Pflicht steht, zu fixen Prozentsätzen einen Teil der Ausgaben zu übernehmen – und weil diese Beiträge massiv ansteigen. Setzte der Bund 1970 noch 1,4 Milliarden Franken für die soziale Wohlfahrt ein, erreichte dieser Betrag im letzten Jahr 12,7 Milliarden: also das Neunfache.

Schliesslich stöhnt die Wirtschaft, die sich in den letzten Jahren ebenfalls zunehmend schwierigeren Rahmenbedingungen ausgesetzt sieht. Denn von 100 Franken, die ein Unselbständigerwerbender verdient, werden ihm gut 6,5 Prozent für AHV, EO (Erwerbersersatzordnung), IV (Invalidenversicherung) und ALV (Arbeitslosenversicherung) belastet und zudem etwa 10 Prozent für die berufliche Vorsorge. Zusammen mit den gleichviel bezahlenden Arbeitnehmern kommt man auf 33 von 100 Lohnfranken. Und trotz diesen Anstrengungen öffnet sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben bei den bestehenden Sozialwerken immer mehr. Ein Expertenbericht veranschlagt die Finanzierungslücke bis ins Jahr 2010 auf gut 14 Milliarden Franken.

Bundesrat für weiteren Ausbau

Mit dieser Ausgangslage konfrontiert, hat die Landesregierung – einen weiteren Ausbau der Sozialwerke beschlossen! Neu eingeführt werden soll eine Mutterschaftsversicherung, finanziert mit 0,2 Lohnprozenten und allgemeinen Bundesmitteln. Gleichzei-

tig beantragt der Bundesrat eine Umverteilung von Geldern von der EO auf die defizitäre IV. 2,2 Milliarden Franken sollen aus dem EO-Fonds in die IV verlagert und zudem vorübergehend ein Lohnpromille transferiert werden. Beide Beschlüsse sind, wie wir im folgenden zu zeigen versuchen, in der Sache verfehlt. Vor allem aber marschiert der Bundesrat mit einem längst defekt gegangenen Kompass: immer noch auf dem Weg des Leistungsaubaus statt der Sicherung unserer Sozialwerke.

Zuerst im Detail: Bei der IV hat der Bundesrat eigentlich einen Nichtentscheid gefällt. Mit der Plünderung des EO-Fonds stopft er zwar das Finanzloch der IV, doch ändert er wenig daran, dass die Einnahmen die stark gestiegenen Ausgaben – zum Teil eine Folge der Zunahme der Rentenbezüger, die von der ALV in die IV «wechseln» – nicht mehr zu decken vermögen. Wohl aus Gründen der Akzeptanz der Mutterschaftsversicherung hielt es das Siebnerkollegium für clever, auf die sachlich gebotene Erhöhung des Beitragssatzes um 0,3 Lohnprozent zu verzichten. Im Ergebnis ist das aber Augenwischerei.

Moratorium dringend

Lösen demnach die Beschlüsse des Bundesrates die Probleme von IV und EO nicht, so kontrastiert seine Absicht, eine zusätzliche Sozialversicherung – für die Folgen der Mutterschaft – einzuführen, mit der Tatsache, dass nicht nur

die IV, sondern auch die anderen bestehenden sozialen Institutionen notleidend sind. Und da entspräche es eigentlich einer vernünftigen Prioritätensetzung, zuerst das Bisherige zu sanieren, bevor Neues an die Hand genommen wird. Die für manche Familie mi Kindern zum Albtraum gewordene Zwangsläufigkeit des Anstiegs der Krankenkassenprämien muss kaum besonders betont werden. Immerhin sei darauf hingewiesen, dass die SP für eine Initiative zur Revision der Krankenversicherung grünes Licht gegeben hat, welche einen Zuschlag auf den gültigen Satz der Mehrwertsteuer erheben möchte.

Und genau das gleiche will der Bundesrat für die AHV. Er beantragt dem Parlament, an der Mehrwertsteuerschraube zu drehen, um die AHV im finanziellen Gleichgewicht zu behalten. Denn die gesetzliche Vorgabe, im Ausgleichsfonds der AHV über eine Reserve in der Höhe einer Jahresausgabe zu verfügen, ist sonst nicht mehr einzuhalten. Noch schwieriger präsentiert sich die Lage der ALV. Der Schuldenberg von 5 Milliarden Franken verlangt imperativ nach Einsparungen entweder bei der Bezugsdauer oder der Höhe der Taggelder. Sanierung allerorts tut demnach dringlich not. Von den Befürwortern einer Mutterschaftsversicherung werden solche Argumente mit dem Hinweis unter den Tisch gewischt, es gelte zwingend, einen fast fünfzigjährigen Verfassungsauftrag zu erfüllen. Dabei verkennen sie

ZUM THEMA

Und trotz diesen Anstrengungen öffnet sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben bei den bestehenden Sozialwerken immer mehr.

Vor allem aber marschiert der Bundesrat mit einem längst defekt gegangenen Kompass: immer noch auf dem Weg des Leistungsaubaus statt der Sicherung unserer Sozialwerke.

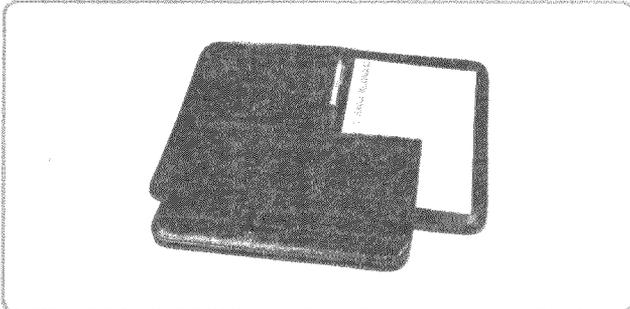
Wenn man irgendwo sparen kann, dann wohl doch am ehesten bei Leistungen, die es noch gar nicht gibt.

allerdings, dass sich die Ausgangslage in dieser Zeit grundlegend geändert hat – von der Lohnfortzahlungspflicht im Obligationenrecht bis zu der im Zuge der Revision der Krankenversicherung 1993 nochmals ausgeweiteten Taggeldbezugsberechtigung bei Niederkunft.

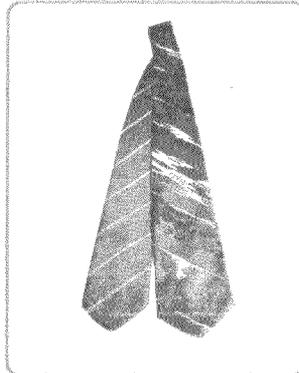
Man kann es drehen und wenden wie man will: Auch wenn die Forderung unpopulär sein mag, um ein sozialpolitisches Moratorium – mindestens bis die Sozialwerke wieder in ein finanzielles Gleichgewicht gebracht worden sind – kommen wir nicht herum. Der Marsch in Richtung Leistungsaubau, Lückenschliessung und Einnahmenbeschaffung via Lohn- und Mehrwertsteuerprozent führt in die Sackgasse. Und: Wenn man irgendwo sparen kann, dann wohl doch am ehesten bei Leistungen, die es noch gar nicht gibt. ■

Dem Regen trotzen

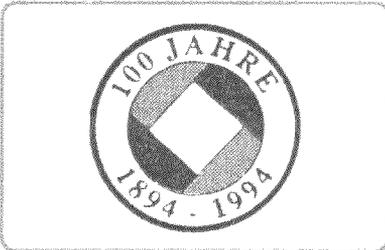
Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen hier auf dieser Seite vor. Benutzen Sie dafür unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschenken Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



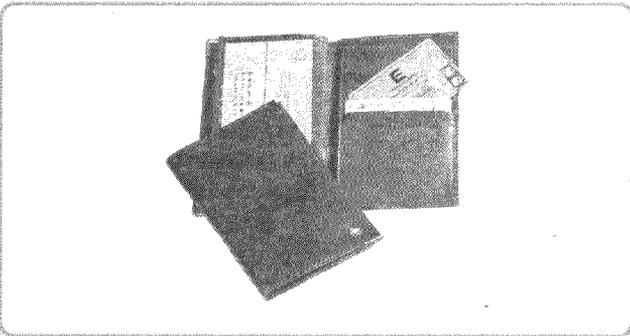
Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



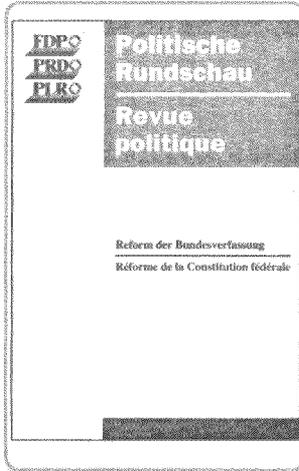
Die Krawatte classic oder die Krawatte New look, die Mann einfach haben muss.



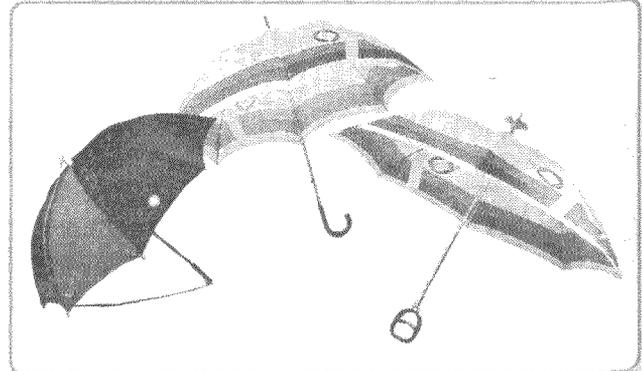
Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahre gibt.



Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



Weiter ist das neue Foulard der FDP erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent reiner Seide, Satin Crêpe, ist 90x90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben Rot/Blau/Weiss/Schwarz gehalten.

Talon

ICH BESTELLE:

- | | | | |
|---------------------------|------------|-----------------------------|------------|
| ___ Ex. Konferenzmappe | à Fr. 40.- | ___ Ex. Holzschirm | à Fr. 35.- |
| ___ Ex. FDP-Pin 100 Jahre | à Fr. 5.- | ___ Ex. Krawatte classic | à Fr. 40.- |
| ___ Ex. Portefeuille | à Fr. 44.- | ___ Ex. Krawatte New look | à Fr. 40.- |
| ___ Ex. Doppelschirm | à Fr. 30.- | ___ Ex. Festschrift | à Fr. 15.- |
| ___ Ex. Sportschirm | à Fr. 30.- | ___ Stück FDP-Foulard 95 zu | Fr. 50.- |

Name: _____ 8/97

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.



24. Okt. - 12. Nov. od. 16. Nov. 1997
 14. Nov. - 3. Dez. od. 7. Dez. 1997
 23. Jan. - 11. Febr. od. 15. Febr. 1998
 20. Febr. - 11. März od. 15. März 1998

**Rabatt für
 TCS - Mitglieder
 sFr. 100.-**

Ecuador, das kleinste der Andenländer, ist bekannt für seine beeindruckend schönen und abwechslungsreichen Landschaften. Sanft gewellte Hügel, Seen und Wiesen wechseln sich mit dem imposanten Hochland ab. Ecuadors reiche kulturelle Vergangenheit und die indianischen Traditionen sind überall spürbar: in der wunderschönen Hauptstadt mit ihren stattlichen Kolonialbauten, an den malerischen Indio-Märkten und bei antiken Inka-Ruinen. Eine der grössten Attraktionen Südamerikas sind natürlich die Galapagos-Inseln, ein Archipel mit einer einzigartigen Tierwelt. Diese Inselwelt ist eine letzte Stätte seltener Tierarten geworden.

1. Tag (Fr) Zürich - Quito

Am Abend Flug nach Quito, via Amsterdam mit KLM.

2. Tag (Sa) Quito

Am Morgen Ankunft in Quito. Nach dem Mittagessen Stadtrundfahrt in Quito. Übernachtung in Quito.

3. Tag (So) Quito - Cotopaxi Nationalpark Baños

Fahrt auf der «Vulkanstrasse» durch das Andenhochplateau zum Cotopaxi-Nationalpark. Der Park mit seinem über 6000 m hohen Vulkan Cotopaxi ist ein einmaliges landschaftliches Erlebnis. Auf dem Weg nach Baños Besuch eines typischen Marktes und Mittagessen. Übernachtung in Baños.

4. Tag (Mo) Baños - Riobamba

Fahrt von Baños mit seinen natürlichen Thermalquellen und üppiger Vegetation nach Riobamba. Mittagessen, Nachtessen und Übernachtung bei Riobamba.

5. Tag (Di) Riobamba - Cuenca (teilweise mit dem Zug) und Ingapirca

Abenteuerliche Zugfahrt nach Cuenca. Diese faszinierende und berühmte Fahrt ist ein unvergessliches Erlebnis. Der Zug bahnt seinen Weg von einem einsamen Andendorf die zwei Spitzkehren der «Teufelsnase» hinunter nach Cuenca. Nach dem Mittagessen Besuch von Ingapirca, den wichtigsten Inkaruinen Ecuadors. Nachtessen und Übernachtung in Cuenca.

6. Tag (Mi) Cuenca

Stadtrundfahrt in Cuenca. Umgeben von vier Flüssen, mit ihren reich verzierten Kolonialbauten und blumengeschmückten Plätzen, hat die drittgrösste Stadt Ecuadors ihren ganz speziellen Charme. Cuenca ist ebenfalls bekannt für sein Kunsthandwerk und die bekannten Panamahüte aus Stroh. Mittagessen, Nachtessen und Übernachtung im Zentrum Cuencas.

7. Tag (Do) Cuenca - Guayaquil

Reizvolle Fahrt durch Bananenplantagen und Zuckerrohrfelder von Cuenca ins Tiefland zur Pazifikküste nach Guayaquil. Mittagessen unterwegs («Box-Lunch»). Stadtrundfahrt in Guayaquil, grösster Stadt und Hafen Ecuadors. Übernachtung und Nachtessen im Zentrum von Guayaquil.

8. Tag (Fr) Guayaquil - Quito - Otavalo

Am Morgen Flug Guayaquil - Quito und Fahrt nach Otavalo. Mittagessen, Nachtessen und Übernachtung in einer Hacienda in Otavalo.

9. Tag (Sa) Otavalo

Am Morgen Besuch des berühmten Indio-Marktes. Das farbenfrohe Treiben des Samstags (Markttag) gibt einen Einblick in die Welt der Indios und deren Kunsthandwerk: Ponchos, gewobene Teppiche, Pull-over, und tausend weitere Produkte, die in der Gegend hergestellt werden. Mittagessen Otavalo. Fahrt zurück nach Quito und Übernachtung.

10. Tag (So) Quito - Galapagos-Inseln

Am Morgen Flug Quito - Galapagos-Inseln.

10.-17. Tag (So - So) Galapagos-Inseln

1 Woche an Bord der Coral, eines Erstklass-Schiffs. Unvergessliche Inselkreuzfahrt, wo Sie dieses einzigartige Tier- und Pflanzenparadies entdecken und erleben können. Vollpension auf der ganzen Kreuzfahrt.

17. Tag (So) Galapagos-Inseln - Quito

Am frühen Nachmittag Flug Galapagos-Inseln - Quito. Transfer zum Hotel und Rest des Nachmittags und Abend zur freien Verfügung. Übernachtung in Quito.

18. Tag (Mo) Quito - Äquator-Linie

Ausflug zur Äquator-Linie und Besuch des interessanten Ethnographischen Museums, wo Sie detaillierte Beschreibungen der verschiedenen äquatorianischen Volksgruppen bekommen. Übernachtung in Quito.

19. Tag (Di) Quito - Amsterdam - Zürich

Am Morgen Transfer zum Flughafen von Quito und Rückflug Quito - Amsterdam - Zürich mit KLM.

20. Tag (Mi) Zürich

Am Morgen Ankunft in Zürich Kloten.

Fakultative Verlängerung im Amazonas

19. Tag (Di) Quito - Misahualli

Am Morgen Fahrt über den Papallactapass und hinter in den Amazonasregenwald. Es erwartet Sie eine atemberaubende Landschaft mit vielen Flüssen und immer dichter werdender Vegetation. Übernachtung und alle Mahlzeiten in der Urwaldlodge.

20. - 21. Tag (Mi - Do) Urwaldabenteuer und Indianerdörfer

Mit dem Kanu werden Sie von einem Führer zu eingeborenen Schamanen und Handwerkern und Riesenbäumen im Primärwald begleitet. Dieses Gebiet ist ein Paradies für alle Liebhaber der Urwaldflora und -fauna. Übernachtungen und Mahlzeiten in der Urwaldlodge Cotocacha.

22. Tag (Fr) Misahualli - Quito

Rückfahrt von Misahualli, der Urwaldlodge, nach Quito und Übernachtung in Quito.

23. Tag (Sa) Quito - Amsterdam - Zürich

Am Morgen Transfer zum Flughafen von Quito und Rückflug Quito - Amsterdam - Zürich mit KLM.

24. Tag (So) Zürich

Am Morgen Ankunft in Zürich Kloten.

Programm-, Flugplan- und Preisänderungen unter Vorbehalt.



Preise 1997

Im Doppelzimmer	Fr. 8'490.-
Im Einzelzimmer	Fr. 10'470.-
Verlängerung Amazonas: Im Doppelzimmer	Fr. 1'090.-
Im Einzelzimmer	Fr. 1'320.-
Preise 1998 auf Anfrage: Zuschlag ca. Fr. 300.-	
Reduktion für TCS-Mitglieder	Fr. 100.-
Preis- und Programmänderungen bleiben vorbehalten.	

- Im Preis inbegriffen:
- Bahnfahrt Wohnort-Flughafen-Wohnort
 - Sämtliche im Programm erwähnten Flüge (Transatlantik und Inland)
 - Transfers und Flughafentaxen
 - alle Hotelübernachtungen mit Frühstück in Erstklasshotels oder guten Hotel/Haciendas
 - Erstklass-Schiff auf Kreuzfahrt
 - im Programm erwähnte Mahlzeiten (meist Vollpension)
 - alle im Programm erwähnten Rundreisen/Exkursionen mit lokalem deutschsprechendem Reiseleiter
 - Eintritte in erwähnte Museen und Nationalpärke
 - Reisedokumentation
 - TCS-Reisebegleitung ab Zürich
 - Minimale Teilnehmerzahl: 15 Personen
Maximale Teilnehmerzahl: 25 Personen
Kleinere Gruppen werden evtl. gegen einen kleinen Zuschlag ebenfalls durchgeführt
 - Annulationsbedingungen:
60-45 Tage vor Abflug 30%
45-30 Tage vor Abflug 50%
30-00 Tage vor Abflug 100%

Anmeldetalon

Ich melde mich definitiv an für die Ecuador/Galapagos-Reise vom _____

1) Name _____
 Vorname _____

2) Name _____
 Vorname _____

Adresse _____

Tel. P _____ Tel. G _____

Doppelzimmer Einzelzimmer
 Verlängerung Amazonas ja nein

Senden an:
TCS-REISEN, Alfred-Escher-Str. 38, 8027 Zürich
 Tel. 01/286 86 66, Fax 01/286 86 67

NEUE PRÄSIDENTIN ◊ Interview mit Sybille Burger-Bono

Provozieren und gestalten

Ende Mai wurde in Bern Sybille Burger-Bono zur neuen Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz gewählt. Der «Freisinn» hat sich mit ihr über ihre politischen Ziele und Absichten unterhalten.



FDP-Frauen-Präsidentin Sybille Burger-Bono: «Dass ich mich neben der Arbeit und der Familie politisch betätigen will, war mir immer klar.»

FRAU BURGER, SOEBEN MUTTER GEWORDEN UND DIE EIGENE ANWALTSPRAXIS IM AUFBAU – WAS HAT SIE BEWOGEN, «TROTZDEM» DAS PRÄSIDIUM ZU ÜBERNEHMEN?

Es gibt für mich in dieser Frage kein «trotzdem». Dass ich mich neben der Arbeit und der Familie politisch betätigen will, war mir immer klar. Die verschiedenen Bereiche befruchten sich gegenseitig und ermöglichen ein differenzierteres Bild jeder Aufgabe.

SIND SIE EINE TYPISCHE VERRETERIN DER HEUTIGEN FRAUENGENERATION, WELCHE VERSUCHT, MUTTERSCHAFT, BERUF, FAMILIE UND POLITIK UNTER EINEN HUT ZU BRINGEN?

Es ist ein Merkmal unserer Zeit, dass es «typische»

Menschen nicht mehr gibt. Wesentlich ist die Möglichkeit für jeden Menschen, den ihm angemessenen Platz zu finden. Dies ist ein durchaus dynamischer Prozess. Für mich heisst das im Moment, den Balanceakt zwischen all diesen Aufgaben zu suchen.

WAS IST DIE GRUNDLAGE IHRER POLITISCHEN ARBEIT, IHR CREDO FÜR DIE ANSPRUCHSVOLLE FÜHRUNG EINER SCHWEIZERISCHEN PARTEI?

Die Grundlage meiner politischen Arbeit ist sicher in erster Linie eine grosse

STECKBRIEF

Die neue Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz

NAME: Sybille Burger-Bono

WOHNORT: Bern

BERUF: selbständig erwerbende Fürsprecherin

ZIVILSTAND: verheiratet, 1 Kind

POLITISCHE AKTIVITÄTEN: Mitglied des Vorstandes der Freisinnigen Frauen des Kantons Bern, Mitglied Vorstand ARGEF (Nachfolgeorganisation Frauenkongress)

WEITERE FUNKTIONEN: seit 1996 Geschäftsführerin der Schweizerischen Fernseh- und Radiovereinigung

HOBBYS: Familie, Freunde, Kochen, alte Geschichte.

Neugier, was alle Abläufe in unserer Gesellschaft betrifft. Daneben bin ich von jeher davon ausgegangen, dass es in einer Demokratie wie der unseren möglich sein muss, sich einzumischen und, speziell als Frau, etwas zu verändern.

Frauen Schweiz in der schweizerischen Politlandschaft bekannter machen und innerhalb dieser Dachorganisation versuchen, eine profilierte, manchmal auch provozierende, freisinnige Politik zu gestalten. Ich bin davon überzeugt, dass die schweizerische Politlandschaft eine solche Frauenorganisation braucht und unsere Vereinigung als Dachorganisation der freisinnigen Frauengruppen diese Aufgabe wahrnehmen kann.

WELCHE ROLLE SOLL DIE FREISINNIGE FRAUENORGANISATION AUF DER POLITISCHEN BÜHNE ÜBERNEHMEN?

Wichtig ist mir, auf der vollbrachten Arbeit meiner Vorgängerin aufzubauen. Das heisst, ich möchte die FDP-

Interview:

Brigitte Kaufmann-Arn

Bundesrätliche Drogenpolitik ein gangbarer Weg

Die «Drogen-Tagung» der FDP-Frauen Schweiz von Ende Juni in Olten zeigte deutlich, dass das Vier-Säulen-Modell (Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression) des Bundesrates ein gangbarer Weg ist. Die Initiative «Jugend ohne Drogen» widerspricht diesem Konzept, da sie eine ausschliesslich auf Repression

ausgerichtete Politik verfolgt.

Die FDP-Frauen Schweiz sind der Meinung, dass die Versuche für eine ärztliche Verschreibung von Betäubungsmitteln, die Methadonprogramme und die Abgabe von sauberen Spritzen zur Bekämpfung der Krankheit Aids nötig sind. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dro-

genabhängige Menschen wieder sozial zu integrieren. Die kontrollierte Abgabe von Originalmitteln schafft auch die Voraussetzung für eine polizeilich kontrollierte Repressionspolitik. Nur eine ehrliche Drogenpolitik, die bereit ist, neue Erkenntnisse aufzunehmen, wird auf Dauer erfolgreich sein, kamen die FDP-Frauen zum Schluss.

JA ZUR MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG

Ablehnung der Finanzierung über Lohnprozente

Die FDP-Frauen Schweiz haben zusammen mit den CVP- und SVP-Frauen Schweiz den Finanzierungsvorschlag der Mutterschaftsversicherung in einem Communiqué kritisiert. Sie lehnen die Finanzierung über Lohnprozente ab.

WETTBEWERB ◉ *Mit welchem Lied wird Bundesrat Villiger beglückt?*

Rabensänger eingeflogen



GUS. Am 2. Juni 1997 hat die freisinnige Bundesberner Familie Abschied genommen von zwei Männern, welche die Geschicke der Partei nicht unwesentlich mitprägten: Vom Ausserrhoder Ständerat Otto Schoch und vom Generalsekretär Christian

Kauter. Am ersten Montagabend der Sommersession luden die zwei gemeinsam zum Essen ein. Auch die Unterhaltung kam dabei nicht zu kurz: Nationalrätin Christine Egerszegi überzeugte mit einer kabarettistischen Einlage, die «Rabensänger»

aus der Ostschweiz (von Otto Schoch «eingeflogen») brachten hochklassigen Gesang mit nach Bern.

Was entlockt Bundesrat Villiger ein Lächeln?

In äusserst angenehmer Umgebung kamen mit den «Ra-

bensängern» die Freunde der Gesangkunst auf ihre Rechnung. So offenbar auch FDP-Bundesrat Kaspar Villiger, der mit sichtlichem Vergnügen den Klängen aus den weit aufgesperrten Mündern lauschte. Für die «Freisinn»-Redaktion stellt sich nur noch eine Frage:

Was war das für ein Lied, das da gesungen wurde? War es die Spar-Kantate oder doch eher das Stiftungs-Lied?

Unter den originellsten und humorvollsten Einsendungen verlosen wir wiederum ein FDP-Portefeuille und ein FDP-Foulard. Die besten Einfälle werden in der nächsten Ausgabe des «Freisinn» vorgestellt. Wir hoffen auf Ihre kreative Mithilfe beim Herausfinden, was für ein Lied denn wohl die Ostschweizer Kehlen so in Anspruch nimmt...

(Talon zum Herausschneiden)

Ich weiss, welches Lied die «Rabensänger» singen:

«

»

Name, Vorname:

Adresse:

PLZ/Ort:

Einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Wettbewerb «Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

GESTALTER DER AHV ◉ *Peter Binswanger*

Ein Nachruf

Am 7. Juni 1997 ist Dr. iur. Peter Binswanger in seinem 82. Altersjahr verstorben. Die FDP verliert mit ihm den Gestalter der AHV, ein vorbildliches Mitglied im Ausschuss für Sozialpolitik und einen engagierten Kämpfer für die freisinnige Sache.

GUS. Nach einem Jurastudium und dem Bestehen des thurgauischen Fürsprecherexamens trat Dr. Peter Binswanger 1941 in die Unterabteilung Wehrmannschutz des Biga ein. Dort war er als Sekretär der Expertenkommission für die Lohn- und Verdienstersatzordnung (EO)

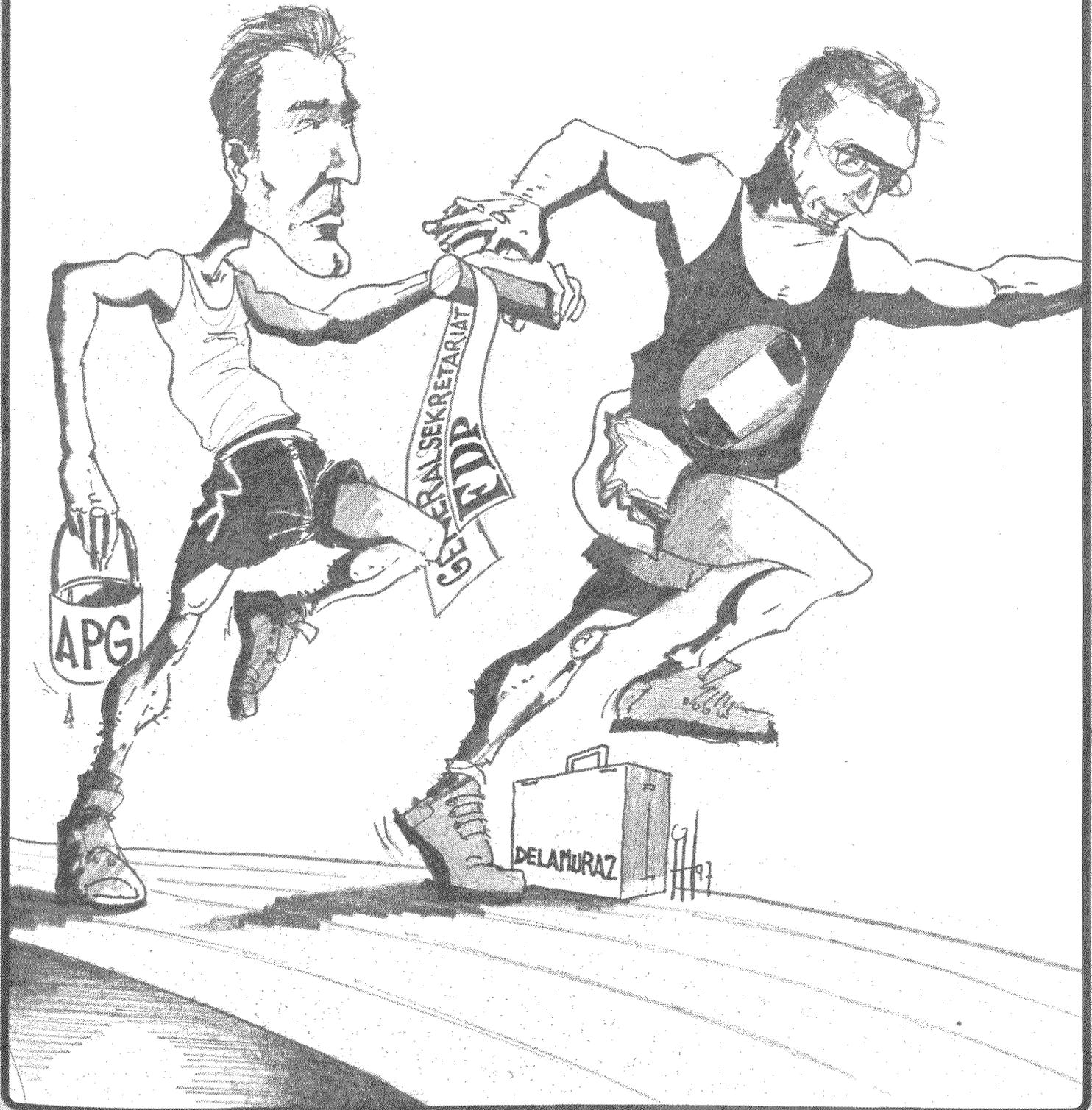
beauftragt mit den gesetzgeberischen Erlassen. 1944 trat er über zum Bundesamt für Sozialversicherung als erster vollamtlicher AHV-Berater. In dieser Funktion war er auch der Verfasser des AHV-Gesetzesentwurfs. Ab 1946 war er als Chef der neuen Sektion AHV verantwortlich für die ordnungsgemässe Einführung des neuen Sozialwerks. Als einer der besten Kenner der AHV verfasste er den Kommentar zum AHV-Gesetz. 1956 wechselte er zur «Winterthur-Leben», wo er die Abteilung Kollektivversicherung leitete, ab 1968 als Generaldirektor. Von 1956 bis 1980 wirkte er als Mitglied der Eidgenössischen AHV-IV-Kommission, seit der Pensionierung 1980 war

er zudem Präsident des Direktionskomitees der Stiftung Pro Senectute / Für das Alter. 1985 veröffentlichte er das Standardwerk «Geschichte der AHV».

Engagiertes Mitglied

Die FDP kannte Dr. Peter Binswanger als engagiertes langjähriges Mitglied. Er wirkte über Jahrzehnte und bis kurz vor seinem Tode als Mitglied im Ausschuss Sozialpolitik der FDP Schweiz mit. Obwohl er Gestalter der AHV in ihrer ursprünglichen Form war, trug er 1988 die Vorarbeiten der FDP «Zukunft der AHV» mit, welche entscheidend zur Konzeption der 10. AHV-Revision beitrug. Gerade in dieser Unterstützung zeigt sich die Grösse seiner Persönlichkeit. Als Erfinder des «alt-hergebrachten» AHV-Systems hatte er die Einsichtskraft – selber schon in fortgeschrittenem Alter stehend – die Notwendigkeiten der demographischen Umwälzungen zu erkennen und daraus selbstlos die Konsequenzen zu ziehen.

Stabwechsel am 1. Juli 1997:
Christian Kauter gibt Würde (und Bürde)
des FDP-Generalsekretärs
an Johannes Matyassy weiter.



Karikatur Andreas Töns

Sportpolitik 2000

Bereits für den Wahlauftakt im Jahre 1995 durfte die FDP der Schweiz in den Sportanlagen von Magglingen Gastrecht geniessen. Mit einem sehr farbigen Fest wurde dort die Schlussphase des Wahlkampfes eingeleitet. Gut zwei Jahre später nun kehrt die FDP zurück nach Magglingen, um in sportlicher Umgebung die Grundsätze ihrer Sportpolitik zu diskutieren. Am 27. September sind alle interessierten Freisinnigen aufgerufen, an dieser Tagung teilzunehmen.

GUS/BR. Welche Sportpolitik soll die FDP Anfang des nächsten Jahrhunderts umsetzen? Dies ist die Hauptfrage, welche die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der FDP-Sporttagung am Samstag, 27. September 1997, in Magglingen beantworten werden.

Freizeitanteil des Sports steigt

Seit dem beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung der 50er Jahre nimmt der Sport einen immer grösser werdenden Teil der Freizeit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ein. Jugend und Sport ist sehr aktiv und arbeitet auf breiter Ebene mit den Sportvereinen zusammen. Der Frauensport hat eine beeindruckende Entwicklung hinter sich und steht dem Männersport in nichts mehr nach.

Auch private Unternehmungen haben durch Sponsoring dazu beigetragen, Sportveranstaltungen mit grosser medialer Beachtung

zu schaffen. Auch dies hilft mit, den Breitensport attraktiver zu machen. Diese Entwicklung setzt sich fort.

Gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen

Sportpolitik muss heute nicht nur technische und wirtschaftliche Neuigkeiten verarbeiten, sondern auch den wichtigen gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen. Sie muss die höhere Zahl älterer Menschen berücksichtigen, sie muss die Drogenproblematik einbeziehen, sie muss auf neue gesellschaftliche Einstellungen zur Leistungsbereitschaft reagieren. Ebenso muss Sportpolitik gewisse politische Erfordernisse unterstützen, so zum Beispiel die Reduktion der Gesundheitskosten.

Um diese Probleme zu diskutieren und zusammen die Zukunft der FDP-Sportpolitik vorzubereiten, lädt die FDP alle freisinnigen Sportinteressierten an diese Tagung ein.

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sucht auf den 1. Oktober 1997 oder nach Vereinbarung eine/einen

POLITISCHE SEKRETÄRIN POLITISCHEN SEKRETÄR

Sie arbeiten im Generalsekretariat der FDP der Schweiz im Zentrum von Bern und befassen sich vollamtlich mit Fragen der Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Verkehrspolitik sowie verwandten Bereichen.

Ihre Tätigkeit umfasst einerseits die Betreuung der entsprechenden Parteigremien und Kommissionen, das Führen der Ausschussesekretariate, das Erstellen von Protokollen, das Verfassen von Arbeitspapieren, Diskussionsgrundlagen, Positionspapieren der Partei sowie die Formulierung der Vernehmlassungsantworten zuhanden der Geschäftsleitung. Andererseits sind Sie mit besonderen Aufgaben betraut wie dem Verfassen von Redetexten, der Entwicklung von alternativen Strategiekonzeptionen und der Informationsbeschaffung. Ihre Aufgabenbereiche verlangen in mancher Hinsicht auch eine enge Zusammenarbeit mit Mitgliedern der FDP-Fraktion der Bundesversammlung.

Wir setzen ein abgeschlossenes Hochschulstudium voraus (Präferenz: BWL oder VWL), eine rasche Auffassungsgabe, die Fähigkeit, in einem Team mitzuarbeiten, und eine überdurchschnittliche Leistungsorientierung. Sie sprechen auch Französisch und sind nicht nur theoretisch an der eidgenössischen Politik interessiert.

Wenn Sie bereit sind, sich für diese faszinierende und herausfordernde Tätigkeit voll einzusetzen, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bitte an die FDP der Schweiz, Herrn Johannes Matyassy, Generalsekretär, Postfach 6136, 3001 Bern, oder rufen Sie uns an (031) 320 35 35.



Talon

- JA, gerne melde ich mich an für die FDP-Sporttagung vom Samstag, 27. September 1997, in Magglingen.

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Talon einsenden an:

FDP der Schweiz, Sportpolitik, Postfach 6136, 3001 Bern, oder faxen an: (031) 320 35 00.

Wir sind gezügelt und haben neue Anschlüsse

Das Generalsekretariat der FDP Schweiz und die Redaktion des «Freisinn» haben auf Anfang Juli 1997 nicht nur einen neuen Generalsekretär, Johannes Matyassy, sondern gleich auch noch eine neue Adresse und einen neuen Telecom-Anschluss erhalten.

Wir sind unter folgender Adresse zu erreichen:

FDP der Schweiz
Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00